

A stylized map of Europe composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific countries or regions.

Europa hat gewählt

Kurze Analysen der Wahlen zum Europäischen Parlament 2014
aus den Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

REINHARD KRUMM UND ANNE SEYFFERTH (Hg.)

Juni 2014

- Eine Europawahl mit dramatischen Ergebnissen: Rechtspopulistische und rechts-extreme Parteien haben in vielen westlichen EU-Staaten enorm zugelegt – in Frankreich, Großbritannien und Dänemark liegen sie sogar vorn. Über 50 Prozent gewann die regierende nationalpopulistische Wahlallianz in Ungarn. In Griechenland kam die faschistische *Goldene Morgenröte* mit knapp zehn Prozent auf den dritten Platz.
- Die Fraktion der *Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament* (S&D) konnte insgesamt die Anzahl ihrer Sitze halten. In Italien ist der PD ein Erdrutschsieg gelungen, die regierenden Sozialisten in Frankreich holten ihr historisch schlechtestes Ergebnis ein und die irische *Labour Party* wird zukünftig gar nicht mehr im Europaparlament vertreten sein. In Mittel- und Osteuropa konnten sich die Sozialdemokraten nur in Rumänien und der Slowakei durchsetzen.
- Neu gegründete Parteien wie die *To Potami* in Griechenland oder die aus der Bewegung der »Empörten« in Spanien entstandene *Podemos* konnten aus dem Stand eine beachtliche Stimmenzahl auf sich vereinen.
- In den östlich gelegenen EU-Ländern lag die Wahlbeteiligung oftmals deutlich unter dem EU-Durchschnitt – in der Slowakei waren es gerade einmal 13 Prozent. Das Interesse der Wählerinnen und Wähler an EU-Themen war gering.



Inhalt

Brüssel	
Gesamteuropäische Schlussfolgerungen	3
Uwe Optenhögel, Marcel Humuza, Stephan Thalhofer	
Die baltischen EU-Mitgliedsländer	7
Estland	
Ein unwichtiger Wahlgang zwischen Kommunal- und Parlamentswahl	7
Ülle Kesküla, Werner Rechmann	
Lettland	
Laues europäisches Gefühl	9
Deniss Hanovs, Werner Rechmann	
Litauen	
Europawahlen waren Präsidentenwahlen	11
Jolanta Steikunaite, Werner Rechmann	
Bulgarien	
Schlechtes Abschneiden der Rechtsextremisten	12
Regine Schubert	
Frankreich	
Wahlkatastrophe der Regierungspartei und Triumph der Front National bringen Frankreich und Europa in Gefahr	14
Peter Gey	
Griechenland	
Kompliziertes Puzzle mit Rotstich und braunen Streifen	16
Christos Katsioulis, Nicole Katsioulis	
Großbritannien	
Das UKIP – Erdbeben	19
Ulrich Storck	
Irland	
Triumph für Sinn Féin und Totalverlust für die Labour Party	21
Jeannette Meyer	
Italien	
Triumph für Matteo Renzi	23
Michael Braun	
Kroatien	
Land der Europaskeptiker	25
Dietmar Dirmoser	



Die nordischen EU-Mitgliedsländer	27
Dänemark	
Ein traditionell eher europaskeptisches Land legt noch einen drauf	28
Gero Maas	
Finnland	
Sozialdemokraten weiter im Abwärtstrend	29
Gero Maas	
Schweden	
Schwedens Sozialdemokraten auf Regierungskurs	30
Gero Maas	
Polen	
Krise in der Ukraine bescherte den Wahlsieg	31
Knut Dethlefsen	
Portugal	
Magerer Etappensieg für die Sozialisten und gelbe Karte für Merkels Euro-Kurs ..	33
Reinhard Naumann	
Rumänien	
Wahlsieg der Sozialdemokraten – Testlauf für die Präsidentschaftswahlen	35
Matthias Jobelius, Cristian Chiscop	
Slowakei	
Abrechnung mit der Regierungspartei	37
Zuzana Strapata	
Slowenien	
Wahl mit Überraschungen	39
Dietmar Dirmoser	
Spanien	
Katastrophe für PSOE und kometenhafter Aufstieg von Podemos	41
Michael Ehrke	
Tschechien	
Absage an nationalistische Parteien	43
Kateřina Smejkalová	
Ungarn	
Zwischenstation Europawahl im Superwahljahr	45
Jan Niklas Engels	
Zypern	
Zwischen geringem Interesse und Protest gegen das EU Spar- und Reform- programm	47
Hubert Faustmann	

Brüssel

Gesamteuropäische Schlussfolgerungen

Uwe Optenhögel, Marcel Humuza, Stephan Thalhofer

Was war bei dieser Europawahl anders als bei den vorangegangenen?

- Das neu gewählte Europäische Parlament ist das rechteste seiner Geschichte. Die Gruppe der Europaskeptiker ist insgesamt deutlich größer als im vorangegangenen Parlament. Je nach Zählweise gehören diesem Lager jetzt ca. 180 Abgeordnete an – das entspricht knapp einem Viertel des Parlaments.
- Mit dem Erfolg der Europaskeptiker wird erstmals ein feststehender Glaubenssatz der Europapolitik infrage gestellt: Bisher galt als sicher, dass die europäische Integration unvermeidbar und unumkehrbar sei. Dies ist nach dieser Wahl nicht länger der Fall.
- Bezogen auf die proeuropäischen Parteien im Parlament ist zu konstatieren, dass die in der *Europäischen Volkspartei* (EVP) zusammengeschlossenen konservativen Parteien ihre große Mehrheit von 2009 einbüßten (–61 Sitz/213). Da die zweite große Fraktion im EP, die Sozialisten und Sozialdemokraten (S&D) die Anzahl ihrer Sitze im Parlament annähernd halten konnte (190), ist das Kräfteverhältnis im neuen EP relativ ausgeglichen. Die verstärkte Präsenz von EU-Gegnern wird deshalb den Zwang zur »Großen Koalition« in Sachfragen verstärken.
- Der seit Beginn der Europawahlen stetige Trend zu einer abnehmenden Wahlbeteiligung konnte erstmals gestoppt werden. Allerdings klafft die Wahlbeteiligung in den einzelnen Mitgliedsstaaten dramatisch weit auseinander (Slowakei 13 Prozent, Belgien 90 Prozent bei Wahlpflicht und parallel laufenden nationalen Wahlen). Es lassen sich kaum generalisierbare belastungsfähige Aussagen etwa über Unterschiede zwischen den Krisenländern und den ökonomisch erfolgreichen Staaten der Union treffen. Deutlich ist aber, dass die Wahlbeteiligung vor allem in den Staaten stieg, in denen die Protestparteien große Erfolge feierten. Deutschland und Litauen bilden hier die großen Ausnahmen.

- Bei den Wahlen gab es erstmals europäische Spitzenkandidaten der Parteifamilien, die sich um das Amt des EU-Kommissionspräsidenten bewarben. Diese durch den Lissabon-Vertrag eingeführte Neuerung ermöglichte eine Personalisierung des Wahlkampfes, die ansatzweise eine europäische Öffentlichkeit und abgestimmte Wahlkampfstrategien der europäischen Parteien herstellte. Allerdings konnte das Duell der Spitzenkandidaten die nationalen Debatten nicht überlagern. Die Ausnahme bildet Deutschland, wo die Wahlbeteiligung um ca. 5 Prozent stieg, was u. a. auf den sehr positiven Kandidatenfaktor von Martin Schulz zurückzuführen ist. Stattdessen rechneten die euroskeptischen Wähler und Wählerinnen mit den etablierten Parteien ab. Dafür waren die anti-europäischen Parteien das geeignete Mittel zum Zweck. Nationale Fragen dominierten über europäische.

- Die Wahlen haben die über Jahrzehnte auf nationaler Ebene gültige Leitdifferenz zwischen Links und Rechts an den Rand gedrängt. Sie wird von der Differenzierung zwischen Pro- und Anti-Europäern überlagert. Auf EU-Ebene wird es für die etablierten Parteien innerhalb der Brüsseler Konsensmaschine gleichzeitig schwieriger und notwendiger, politische Alternativen sichtbar zu machen.

Die Spitzenkandidaten und das institutionelle Gleichgewicht in der EU

Die Entscheidung der europäischen Parteien, den Wahlkampf zu personalisieren und Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufzustellen, hat zwar die Erwartungen hinsichtlich einer steigenden Wahlbeteiligung nicht ganz erfüllt, sich aber dennoch gelohnt. Die Kandidaten gaben dem Wahlkampf Gesichter, und die Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien haben mit dem Wahlkampf Fakten geschaffen. Deutlich wurde allerdings auch, dass es sich dabei um ein ausbaufähiges Experiment handelte. Es wird noch eine Reihe von Wahlen brauchen, bis sich diese Neuerung etabliert haben wird und wirklich von einem gesamteuropäischen Wahlkampf gesprochen werden kann.

Unklar bleibt aber auch nach der Wahl, ob und welcher der Spitzenkandidaten Kommissionspräsident werden kann. Die Entscheidung darüber kann noch Wochen dauern. Denn obwohl die EVP von den Medien bereits zur stärksten Fraktion gekürt wurde, gibt das Wahlergebnis, anders als etwa im Bundestag, noch nicht das endgültige Kräfteverhältnis wieder. Es ist noch nicht geklärt, ob die Fraktionen der vergangenen Legislaturperiode sich wieder in ihrer bisherigen Zusammensetzung formieren. Die größte Unsicherheit besteht dabei im Mitte-rechts-Spektrum. Der EVP stünde eine Distanzierung von fragwürdigen rechtspopulistischen Mitgliedern wie der ungarischen FIDESZ oder der Berlusconi-Partei *Forza Italia* gut zu Gesicht. Andererseits vermuten einige Beobachter, dass die britischen *Tories* wieder in die Reihen der EVP zurückkehren könnten. Gleichzeitig macht der Erdrutschsieg der britischen Anti-EU-Partei UKIP deutlich, dass sich die Annäherung an die Populisten für die britischen Konservativen nicht ausgezahlt hat. Dies lässt sich in Deutschland auch über die CSU sagen, die trotz ihrer populistischen Rhetorik herbe Verluste eingefahren hat und ein starkes Wahlergebnis der AfD nicht verhindern konnte. Von ihrem Profil her wäre die AfD am ehesten in der EKR zu verorten, deren Fortbestehen allerdings fragwürdig ist. Stimmen in der CDU brachten deshalb bereits die EVP als möglichen Partner für die AfD ins Spiel. Vor diesem Hintergrund könnte sich die neue EVP-Fraktion entweder deutlich schwächer oder aber deutlich stärker präsentieren, als das Wahlergebnis zunächst vermuten lässt. Auf der linken Seite des europäischen Parteienspektrums zeichnen sich ähnlich große Variablen dagegen nicht ab.

Für weitere Unsicherheit sorgt der Kampf um das institutionelle Kräfteverhältnis in der Union, der sich hinter der Wahl des Kommissionspräsidenten verbirgt. Die mit dem Lissabon-Vertrag neu eingeführte Vorschrift ist ein schwammiger Kompromiss zwischen den Gegnern und den Befürwortern der Idee, den Kommissionspräsidenten zur stärkeren Legitimierung direkt wählen zu lassen. Sie lässt sich unterschiedlich interpretieren. Dem Parlament zufolge muss der Spitzenkandidat, der in seinen Reihen die meisten Stimmen auf sich vereinen kann, vom Europäischen Rat als Kommissionspräsident vorgeschlagen werden. Vertreter des Europäischen Rates signalisierten hingegen, dass sie das Parlament durch die gängigen Verfahren bereits für ausreichend beteiligt halten. Nach dieser Interpretation wäre es für sie ausreichend, einen

Kandidaten zu nominieren, der im Europäischen Parlament mehrheitsfähig ist.

Hintergrund dieser unterschiedlichen Interpretationen ist ein Kampf um die institutionelle Balance innerhalb der EU, die sich während der Eurokrise stark in Richtung des Europäischen Rates verschoben hat. Dieser übernahm in vielen Bereichen das Initiativrecht der Kommission und agierte zunehmend als De-facto-Regierung. Da das Parlament aber nur gegenüber der Kommission Kontrollbefugnisse hat und nicht gegenüber dem Gremium der Staats- und Regierungschefs, schwächt eine solche Entwicklung seine Position im Brüsseler Institutionengefüge. Von einem besser legitimierten Kommissionspräsidenten verspricht man sich im Parlament, dass er gegenüber dem Europäischen Rat selbstbewusster auftritt, um so ein künftiges »sidelining« des Parlaments zu verhindern. Die Staats- und Regierungschefs wiederum haben kein Interesse daran, sich vom Parlament die Ernennung des Kommissionspräsidenten aus der Hand nehmen oder ihren Handlungsspielraum einengen zu lassen. Vom Ausgang dieses Konflikts hängt demnach auch ab, ob sich bei der Entscheidungsfindung innerhalb der EU der Trend in Richtung intergouvernementaler »Unionsmethode« fortsetzt oder sich eine Rückkehr zur »Gemeinschaftsmethode« abzeichnet.

Der Kandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten benötigt die Unterstützung beider Institutionen und muss im Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit (18 Stimmen) gewählt werden; im Europäischen Parlament ist eine absolute Mehrheit (376 Stimmen) erforderlich. Weder eine Linkskoalition (S&D, ALDE, Grüne, GUE/NGL) noch eine rechte Koalition (EPP, ALDE, ECR) bringen genügend Stimmen für eine eigene Mehrheit auf. Darüber hinaus haben einige Mitgliedsstaaten bereits signalisiert, dass keiner der beiden Spitzenkandidaten der großen Parteifamilien für sie akzeptabel ist. Sollte der Europäische Rat einen Kompromisskandidaten vorschlagen, bleibt abzuwarten, ob es dem Parlament gelingen wird, sich – wie angekündigt – geschlossen hinter die eigenen Kandidaten zu stellen und jeden anderen Vorschlag durchfallen zu lassen.

Die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat müßten ihrerseits bereit sein, einen hohen demokratischen Preis zu zahlen, sollten sie jetzt einen Unbekannten aus dem Hut zaubern. Die Wählerinnen und Wähler dürften sich hintergangen fühlen.

Der Einfluss der Rechtspopulisten im neuen Parlament

Mit Blick auf die Europagegener haben sich die schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Allerdings ist diese Gruppe sehr heterogen – von europaskeptisch bis offen rechtsextrem, sodass sie kaum eine gemeinsame Fraktion zustande bringen wird. Zur Fraktionsbildung werden mindestens 25 Abgeordnete aus sieben verschiedenen Mitgliedsstaaten benötigt. Es ist aber möglich, dass sich zwei Fraktionen bilden: Neben der bestehenden EFD (*Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie*), in der die britische UKIP den Ton angibt, könnte sich eine weitere, noch rechtspopulistischere Fraktion um die deutlich erstarkte *Front National* aus Frankreich bilden. Erfahrungen aus der letzten Legislaturperiode zeigen allerdings, dass es dem rechtspopulistischen Lager aufgrund seiner Diversität schwer gelingt, Fraktionen zu bilden und diese zusammenzuhalten.

Das gute Abschneiden der Rechtspopulisten bei den Europawahlen hat Einfluss auf die Arbeit der etablierten Parteien. Da deren Anteil an den Sitzen im Parlament gesunken ist, hat sich der Zwang zur Bildung einer großen Koalition der EU-Befürworter verstärkt. Weder ein Links- noch ein Mitte-rechts-Bündnis verfügen über genügend Stimmen, um Abstimmungen zu gewinnen. Die Trennlinie im Parlament verläuft damit noch weniger als zuvor zwischen links und rechts. Der Gegensatz zwischen Europafreunden und -gegnern hat sich dagegen verschärft. Die angestrebte Politisierung des Parlaments sowie die transparente Auseinandersetzung um politische Inhalte lassen sich damit schlechter verwirklichen. Vielmehr verleiht die Polarisierung zwischen EU-Gegnern und -Befürwortern all jenen Munition, die in der EU eine intransparente, von den Wählern entkoppelte Elite sehen. Die Gegner der europäischen Integration spielen für die nationale Bühne. Sie werden dafür Sorge tragen, dass europäische Themen nur durch die Pro- und Contra-Brille Eingang in den nationalen Diskurs finden; und sie werden nationale Regierungen damit ständig unter Druck setzen. Europa-Themen wird somit eine medial gut zu transportierende Polarisierung verliehen. Dies ist das eigentliche Ziel der Rechtspopulisten. Weitergehende europapolitische Entscheidungen in Brüssel drohen dann etwa im Ministerrat aus innenpolitischen Erwägungen vorsichtiger oder gar nicht abgestimmt zu werden.

Dies lässt sich daran ablesen, dass auch die etablierten proeuropäischen Parteien mittlerweile darauf hinweisen, dass Europa nicht alles regeln müsse. Die so geschürten Erwartungen werden allerdings nur schwer zu erfüllen sein. Paradoxerweise und ganz im Gegensatz zu den Unterstellungen der Europa-Gegner funktioniert die EU vor allem in den voll vergemeinschafteten Bereichen: Dies sind der Handel, der Wettbewerb und der Binnenmarkt. Zur langfristigen Verhinderung wirtschaftlicher Krisen sind außerdem weitere integrative Schritte notwendig. Auch der Aufbau einer starken sozialen Dimension lässt sich nur über stärkere Integration von Sozial-, Arbeits- und Tarifsyste men erreichen. Die oft geforderte Entschlackung der EU fördert dagegen selten wirklich überflüssiges zutage, wie die in der Versenkung verschwundene Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau um Edmund Stoiber zeigt.

Fazit

Statt der Frage nach mehr oder weniger Europa, wird es für die etablierten Parteien in der kommenden Legislaturperiode vor allem darum gehen, eine Balance zwischen erkennbarem politischem Profil auf der einen Seite und tatsächlichem politischem Einfluss auf der anderen Seite zu finden. Der starke Anstieg von Rechtspopulisten und Euroskeptikern unter den Abgeordneten zwingt die EU-Befürworter zu einer stärkeren Zusammenarbeit. Die EU ist eine Konsensmaschine, Ergebnisse können nur durch Kompromisse produziert werden. Dies schwächt das politische Profil und die sichtbaren Gegensätze im Lager der Europafreunde, denn offene inhaltliche Auseinandersetzungen schwächen ihr Lager gegenüber den Populisten.

Gleichzeitig wird sich das Parlament in seinen Verhandlungen mit Kommission und Rat pragmatisch und kompromissbereit zeigen müssen. Andernfalls riskiert es, von den Mitgliedsstaaten umgangen zu werden – wie in der Eurokrise geschehen. Die Staaten könnten Entscheidungen untereinander und außerhalb des EU-Gesetzgebungsprozesses fällen, wenn sie das Parlament in erster Linie als Störfaktor wahrnehmen. Dies gilt im Übrigen auch für die Kommission: Sie wird sich um politische Neutralität bemühen müssen, ganz gleich wer ihr vorsteht.



Gleichzeitig deuten die Erfolge der Rechtspopulisten an, dass die Wähler eine »Demokratie ohne Politik« nicht goutieren. In einem System, in dem sich die etablierten politischen Parteien vor allem durch Konsens hervortun, nehmen die Wähler die Rechtspopulisten als einzige

politische Alternative wahr. Um diesen Trend nicht zu fördern, muss es den EU-Befürwortern gelingen, ihren Anhängern zu verdeutlichen, dass und wie sie deren Interessen in den Prozess der Konsensfindung in der EU einbringen.



Die baltischen EU-Mitgliedsländer

Estland

Ein unwichtiger Wahlgang zwischen Kommunal- und Parlamentswahl

Ülle Kesküla, Werner Rechmann

Zum dritten Mal nach dem EU-Beitritt hatte Estland die Möglichkeit, seine sechs Vertreter ins Europäische Parlament zu wählen. Während die Umfragen eine mit den vorigen EP-Wahlen vergleichbare Wahlbeteiligung (um etwa 44 Prozent) erwarten ließen, lag die tatsächliche Wahlbeteiligung doch nur bei 36,44 Prozent. Das ist zwar höher als 26,8 Prozent bei den ersten EP-Wahlen im Jahr 2004, liegt aber trotzdem deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

Von der elektronischen Stimmenabgabe (*e-voting*) haben diesmal 11,45 Prozent aller Wahlberechtigten Gebrauch gemacht. Die elektronische Wahl ist in Estland seit den Kommunalwahlen 2005 erlaubt. Von Wahl zu Wahl ist die Wahlbeteiligung über *e-voting* ständig gewachsen und erreichte ihren bisherigen Höhepunkt bei den Parlamentswahlen 2011 mit 15,4 Prozent.

Obwohl die Wahllisten aller (parlamentarischen) Parteien aus sehr starken Kandidaten bestanden, gab es bei diesen Wahlen keine offenen Widersprüche oder politischen Konflikte zwischen den Standpunkten der meisten Parteien und Kandidaten. Das geringe politische Konfliktpotenzial war mit einer der Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung.

Zur Wahl wurden Wahllisten von 8 Parteien und 16 Einzelkandidaten aufgestellt, insgesamt 88 Kandidaten.

Im Allgemeinen entsprechen die Wahlergebnisse der Machtverteilung im nationalen Parlament, wo die *Reformpartei* ebenfalls die stärkste Fraktion stellt – gefolgt von der *Zentrumspartei*, der IRL und den *Sozialdemokraten* (SDE).

Anders als in vielen anderen EU-Ländern haben in Estland die europaskeptischen oder gar europafeindlichen

Wahlergebnisse:

Partei/gewählte MEPs	Sitze	%	Fraktion im EP
Reformpartei (liberal) 1. Andrus Ansip 2. Kaja Kallas	2 (+1)	24,3 %	ALDE
Zentrumspartei (linksliberal) Yana Toom	1 (-1)	22,3 %	ALDE
Union von Vaterland und Respublica – IRL (konservativ) Tunne Kelam	1	13,9 %	EPP
Sozialdemokraten (SDE) Marju Lauristin	1	13,6 %	S&D
Einzelkandidat Indrek Tarand	1	13,2 %	Greens/ EFA

Parteien noch keinen fruchtbaren Boden gefunden. Die Nachfolgepartei der ehemaligen kommunistischen Partei, die *Vereinigte Linkspartei Estlands*, ist nur mit einem einzigen Kandidaten angetreten und hat 0,1 Prozent aller Wählerstimmen bekommen. Ebenfalls hat die zweite europafeindliche Partei, die Unabhängigkeitspartei, die den Austritt Estlands aus der EU verlangt, Zustimmung von nur 1,3 Prozent der Wähler und Wählerinnen bekommen.

Der Wahlkampf der Parteien war eher träge, das Budget für einen zusätzlichen Wahlkampf zwischen den Kommunalwahlen im Oktober 2014 und den Parlamentswahlen im März 2015 eng geschnürt. Die Zeit für den aktiven Wahlkampf blieb kurz, denn die endgültigen Wahllisten der Parteien wurden erst knapp eineinhalb Monate vor der Wahl festgelegt. Trotz zahlreicher öffentlicher

europapolitischer Wahldebatten im Rundfunk und im Fernsehen haben die Wähler und Wählerinnen nach wie vor mehrheitlich über nationale Themen abgestimmt und weniger auf die europapolitische Kompetenz der Kandidaten geachtet.

Überraschend war das schwache Ergebnis der linksliberalen *Zentrumspartei*. Während die Wahlprognosen ihr zwei Sitze zusprachen, war die Partei mit ihrem Ein-Sitz-Ergebnis der eigentliche Verlierer dieser Wahl. Die Russland unterstützenden Aussagen des Parteivorsitzenden Edgar Savisaar hinsichtlich des Referendums auf der Krim und der Krise in der Ukraine haben der Partei wertvolle Stimmen der estnischstämmigen Wähler und Wählerinnen gekostet. Dass der Spitzenkandidat und zugleich der Parteivorsitzende Savisaar nicht beabsichtigt, nach Brüssel zu gehen, hatte er vor der Wahl betont.

Zum ersten Mal zieht für Estland eine russischsprachige Kandidatin in das Europäische Parlament ein. Yana Toom, Parlamentsabgeordnete und in Estland bekannte Fürsprecherin der russischen Gymnasien und Gegnerin des Übergangs zum estnischsprachigen Unterricht, erzielte mehr Stimmen als der Parteivorsitzende. Das war eine Überraschung – auch für die eigene Partei.

Gewinnerin der Wahl ist die führende Regierungspartei, die *Reformpartei*, mit zukünftig zwei Sitzen im EP. Offensichtlich standen hinter diesem Erfolg sowohl der geschickt durchgeführte Regierungswechsel Ende März als auch die Aufstellung des langjährigen Ministerpräsidenten Andrus Ansip als Spitzenkandidat.

Obwohl die *Union von Vaterland und Res Publica* (IRL) während des Wahlkampfes sehr stark die Krise in der Ukraine und die Probleme der Sicherheitspolitik thematisiert hatten, hat dies der Partei keinen besonderen Wahlerfolg beschert.

Während die SDE laut monatlichen Umfragen nach dem Einbezug in die nationale Regierungskoalition mit 27–28 Prozent die zweitpopulärste Partei in Estland ist, waren die 13,6 Prozent der Stimmen bei der EP-Wahl für die Partei doch eine Enttäuschung. Ein Sitz im EP entsprach zwar den Umfrageergebnissen, trotzdem hat SDE am meisten von allen Parteien darunter gelitten, dass die Wahlbeteiligung in den ländlichen Regionen sehr gering war. Die insgesamt 20,1 Prozent aller Wählerstimmen, die an Einzelkandidaten gingen, haben vor allem der SDE

die Stimmen gekostet. Die Wahlergebnisse zeugen auch davon, dass die Partei ihre Wähler und Wählerinnen in den ländlichen Regionen (vor allem im Süden Estlands) nicht ausreichend für die Wahl mobilisieren konnte.

Zusammenfassend muss erwähnt werden, dass diesmal die estnischen Wähler und Wählerinnen eine ausgewogene Entscheidung getroffen haben – überwiegend wurde die Stimme für diejenigen Kandidaten abgegeben, von denen man wusste, dass sie auch als MEPs tätig werden. Amtierende Minister, Bürgermeister und andere Stimmenfänger bekamen diesmal deutlich weniger Wählerstimmen.

Obwohl die überwiegende Mehrheit der Einwohner die Mitgliedschaft Estlands in der EU befürwortet, ist die Europäische Union dem estnischen Wähler immer fern geblieben. Die politischen Entscheidungsprozesse in der EU erscheinen für die Wähler zu kompliziert. Vorherrschend unter den Wählern ist die Meinung, dass Estland zu klein ist und mit seinen lediglich sechs Vertretern im Europäischen Parlament die Politik der EU sowieso nicht beeinflussen kann. Gleichzeitig gibt es auch in der Zeit zwischen den Wahlen zu wenige Informationen über die Tätigkeit der estnischen MEPs im Europäischen Parlament, und die Presse thematisiert die europäischen Themen nur selten. Darüber hinaus verfügt Estland über eine zeitlich viel kürzere Demokratie- und EU-Mitgliedschaftserfahrung als die alten EU-Mitgliedsstaaten. Daher sieht der estnische Wähler die EP-Wahl eher als unwichtig an.

Lettland

Laues europäisches Gefühl

Deniss Hanovs, Werner Rechmann

Die Bürgerinnen und Bürger Lettlands haben gewählt. Am 24. Mai 2014 haben insgesamt 30,05 Prozent der Wahlberechtigten in Lettland ihre Stimmen für Vertreter von insgesamt 14 lettischen Parteien für das Europäische Parlament abgegeben. 2009 war die Wahlbeteiligung höher (53,69 Prozent), denn damals fanden die Europawahlen zusammen mit den Kommunalwahlen statt. 2004 lag die Wahlbeteiligung bei 41,24 Prozent.

Die Anzahl der Kandidaten, die sich zur Wahl stellten, lag bei 170 Personen, darunter 110 Männer (64,7 Prozent) und 60 Frauen (35,3 Prozent). Die diesjährigen Kandidaten waren relativ jung – 44 Prozent waren zwischen 21 und 40 Jahren, 27 Prozent zwischen 41 und 50 Jahren und 22,9 Prozent zwischen 51 und 60 Jahren alt.

Wie bereits vor den Europawahlen von zahlreichen lettischen Experten vorhergesehen, war folgende Tendenz sichtbar: eine sehr niedrige Wahlbeteiligung der lettischen Bürger und Bürgerinnen – die sogenannten Nicht-Bürger, das sind ca. 15 Prozent der Bevölkerung und mehrheitlich russischsprachige Menschen mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht in Lettland, die weder die lettische noch eine andere Staatsbürgerschaft besitzen, dürfen nicht wählen. Nur 30,05 Prozent der Bürger und Bürgerinnen haben an den Wahlen teilgenommen, sodass nur 442.086 lettische Bürger und Bürgerinnen über die Zusammensetzung der Sitze für Lettland im Europaparlament entschieden haben. Diese Tendenz kann durch den vorherrschenden Europaskeptizismus der lettischen Wählerinnen und Wähler, geringes Interesse der lettischen Politiker für europäische Angelegenheiten sowie die wenig kompetente Medienarbeit für Europa erklärt werden. Auch bei dieser Wahl wählten die Letten eher Persönlichkeiten statt politische Parteien.

Die vier größten Parteien Lettlands haben ausreichende Ressourcen, um die Europapolitik auch im Jahr der Parlamentswahlen zu thematisieren: die Partei *Einheit (Vienotiba)*, welcher auch die Ministerpräsidentin Laimdota Straujuma angehört, die *Union der Grünen und Bauern (ZZS)*, die sozialdemokratische Partei *Concorde (Saskana)* und die *Nationale Union (NA)*. Wie bereits

vorhersehbar, haben auch 2014 folgende Parteien ihre Präsenz im Europaparlament bewahrt. Seit 2014 verfügt Lettland statt über neun Sitze nur noch über acht Sitze im Europäischen Parlament. Die Aufteilung der Ergebnisse ist wie folgt:

Partei/gewählte MEPs	Sitze	%
Einheit (Vienotiba)	4	46 %
Nationale Union	1	14 %
Concorde	1	13 %
Die Union der Grünen und Bauern	1	8 %
Die Union der Russen Lettlands	1	6 %

Die Europawahlen zählten zu den wichtigsten innenpolitischen Auseinandersetzungen vor der Parlamentswahl im Oktober 2014. Da die Europawahlen zum ersten Mal ohne begleitende nationale oder kommunale Wahlen durchgeführt wurden (2009 in Verbindung mit den Kommunalwahlen), war nicht nur die Wahlbeteiligung niedrig, sondern auch die »Investitionen« der Parteien für die Wahlkampagnen fielen sehr bescheiden aus.

Die Wahlergebnisse spiegeln die innenpolitischen Präferenzen wider, die in Lettland dafür sorgen, dass der nationalkonservative politische Diskurs im Bereich Wirtschaft und Europapolitik die Unterstützung der Mehrheit der politisch aktiven Einwohner genießt (drei der fünf »Gewinner«-Parteien definieren sich als konservativ). Die Hauptthemen der Wahlkampagnen der nationalkonservativen Parteien waren nicht europapolitische Themen, sondern Europapolitik wurde als ein Hilfsmittel für die Lösung von internen politischen Angelegenheiten dargestellt.

An sich ist Europa nie der Gegenstand der Wahlbotschaften vor den Wahlen gewesen. Stattdessen wurden die Wahlkampagnen politisch verzerrt gestaltet: Statt europäische Dimensionen in Lettland aufzuzeigen und diese für die Wahlen zu thematisieren, wurde Europa als eine Art technische und finanzielle Verlängerung der innenpolitischen Instrumente dargestellt. Allein dieses Schema brachte kein gesteigertes Interesse bei den Wählern mit



sich. Europa blieb nicht europäisch, sondern lettisch definiert – und die allgemeine Passivität der lettischen Wähler zeigte sich in den Wahlergebnissen.

Ein anderes Merkmal der Europawahlen 2014 war die Nutzung der Wahlkampagnen als Warm-up für die innenpolitischen Auseinandersetzungen der Wahlkampagne für die Parlamentswahlen im Oktober 2014. Meh-

rere Materialien der Wahlkampagnen im Mai sind als inhaltliche Ouvertüre für die entscheidende Runde der Parlamentswahlen im Herbst 2014 gestaltet und präsentiert worden.

So spiegelt sich das insgesamt laue europäische Gefühl in dem lettischen Wahlergebnis wider.

Litauen

Europawahlen waren Präsidentenwahlen

Jolanta Steikunaite, Werner Rechmann

Am Tag der Europaparlamentswahlen am 25. Mai haben die Bürger und Bürgerinnen Litauens in einer Stichwahl auch den Staatspräsidenten gewählt. Aus diesem Grund war eine hohe Wahlbeteiligung gewährleistet. 47,3 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben ihre Stimmen abgegeben. Letztlich wurde Dalia Grybauskaitė erneut mit einem komfortablen Vorsprung und mit fast 58 Prozent der Stimmen zur Staatspräsidentin wiedergewählt. Ihr Herausforderer, der sozialdemokratische Europaabgeordnete Zigmantas Balėytis, erhielt gut 40 Prozent der Stimmen. Gleichzeitig kandidierte er auch als Spitzenkandidat für die Wahlen zum Europäischen Parlament – eine ziemlich einmalige Konstellation in Europa.

An den Europaparlamentswahlen kämpften zehn litauische Parteien um elf Sitze im Europaparlament. Insgesamt bewarben sich 215 Kandidaten. Darunter waren 62 Frauen und 153 Männer. Zwei Drittel der Kandidaten sind zwischen 45 und 65 Jahren alt. Die Spitzenkandidaten der Parteien waren in der Regel die Führungskräfte der Parteien.

Die *Sozialdemokratische Partei* hat auch angesichts ihres prominenten Spitzenkandidaten mit 3–4 Plätzen im Europaparlament gerechnet. Die Erwartungen wurden jedoch nicht erfüllt. Die Konservativen haben mit einem kleinen Vorsprung den ersten Platz belegt. Vier Parteien haben je zwei Mandate erhalten. Eine große Überraschung war der neu gewonnene Sitz der *Union der Bauernpartei und der Grünen*, die nicht mal einen Vertreter im litauischen Parlament hat. Grund dafür könnte eine erfolgreiche Wahlkampagne des Kandidaten der Partei in den Präsidentschaftswahlen gewesen sein. Die Vertreter der *Sozialdemokratischen Partei* im Europaparlament werden nun weiterhin Vilija Blinkevičiūtė und Zigmantas Balėytis sein.

Die elf Sitze im Europaparlament verteilen sich wie folgt auf die sieben Parteien:

Partei/gewählte MEPs	Sitze	%
Vaterlandsunion und Christdemokraten (Konservative)	2	17,4 %
Sozialdemokratische Partei	2	17,3 %
Liberale Bewegung	2	14,5 %
Partei der Ordnung und Gerechtigkeit	2	14,3 %
Arbeitspartei	1	12,8 %
Koalition der Polnischen Aktion und der Russischen Partei »Block von Waldemar Tomaszewski«	1	8,1 %
Union der Bauernpartei und Grünen	1	6,6 %

Die Aufmerksamkeit von Litauens Wählerschaft war bis kurz vor den Europaparlamentswahlen ganz auf die Präsidentschaftswahlen am 11. Mai gerichtet. So begannen der Wahlkampf und die Auseinandersetzung der Parteien über die Europapolitik erst zwei Wochen vor der Europawahl. Die eigentlich euroskeptische *Partei der Ordnung und Gerechtigkeit*, deren Vorsitzender Paksas Abgeordneter im Europäischen Parlament ist, gehört mittlerweile zusammen mit den Sozialdemokraten der regierenden Koalition im litauischen Parlament an. Ihre skeptische Einstellung gegenüber der EU äußert sie inzwischen sehr zurückhaltend.

In Litauen genießen die Wahlen zum Europaparlament nur eine geringe Präferenz. Das Europaparlament wird als eine weit von nationalen Problemen entfernte Institution betrachtet, die wenig Einfluss auf die nationale Politik der Regierung hat.

Bulgarien

Schlechtes Abschneiden der Rechtsextremisten

Regine Schubert

Zur Teilnahme an den Wahlen in Bulgarien waren 15 Parteien, sechs Koalitionen und drei unabhängige Kandidaten zugelassen. Sie haben um 17 Mandate im EU-Parlament gekämpft. Die offiziellen Wahlergebnisse lagen erst am 28. Mai vor. Die Wahlbeteiligung liegt bei etwa 30 Prozent.

Nach der Auszählung aller Stimmen ist die oppositionelle konservative GERB mit 30,4 Prozent (6 Mandate) der klare Sieger. Der Mandatsträger der Minderheitsregierung – die *Koalition für Bulgarien* (KB), mit der *Bulgarischen Sozialistischen Partei* (BSP) als Führungskraft – liegt mit nur 18,94 Prozent (4 Mandate) deutlich dahinter. Die *Bewegung für Rechte und Freiheiten* (DPS) kommt mit 17,27 Prozent (4 Mandate) auf den dritten Platz. Vierte ist die Wahlkoalition *Bulgarien ohne Zensur* (BBZ) unter der Führung der neu gegründeten gleichnamigen Partei des Journalisten Nikolei Barekov mit 10,66 Prozent (2 Mandate). Der *Reformblock* (RB), der sich aus fünf Parteien der traditionellen Rechten zusammensetzt, kommt mit 6,45 Prozent (1 Mandat) auf den fünften Platz. Keine Vertretung ins Europäische Parlament werden die linke *Alternative für die Wiedergeburt Bulgariens* (ABV) mit 4,02 Prozent, die nationalistische *Nationale Front für die Rettung Bulgariens* (NFSB) mit 3,05 Prozent und die bisher mit zwei Sitzen im Europaparlament vertretene rechtsradikale Partei *Ataka* mit 2,96 Prozent entsenden.

Das Wahlergebnis war vor allem für die BSP, Führungspartei in der *Koalition für Bulgarien*, eine böse Überraschung: In allen Umfragen lag sie noch gleichauf mit GERB. Der Parteivorsitzende und PES-Präsident Sergej Stanishev trat jedoch Spekulationen entgegen, dass er persönliche Konsequenzen aus der Niederlage der *Koalition für Bulgarien* ziehen werde. Stanishev hatte die Wahlliste zwar angeführt, jedoch stets ausgeschlossen, tatsächlich sein Mandat als EU-Parlamentarier anzunehmen. Schuld an der Niederlage gab er der ABV. Der ehemalige BSP-Vorsitzende und Ex-Staatspräsident Georgi Parvanov hatte mit seiner »Bürgerbewegung« ABV eine parallele linke Liste für die Europawahl registriert. Dies wurde von der BSP stets als Dolchstoß gewertet.

Die Stimmen für die ABV sind jedoch sicher nicht der einzige Grund für das schlechte Abschneiden der BSP. Vielmehr konnte die BSP offensichtlich ihr Wählerpotenzial nicht mobilisieren. Die Regierungszusammenarbeit mit der DPS wird an der Parteibasis sehr kritisch gesehen. Und Parteichef Stanishev gilt in der Bevölkerung als nicht sehr beliebt. Ein Skandal des letzten Jahres, als Stanishev die Ernennung des zwielichtigen Medienmoguls Delyan Peevski zum Geheimdienstchef maßgeblich mittrug, hängt der Partei weiterhin nach. Auch ist es nicht ausgeschlossen, dass *Bulgarien ohne Zensur* mit linkspopulistischen Forderungen zahlreiche traditionelle BSP-Wähler auf ihre Seite ziehen konnte.

Neben GERB ist der zweite große Gewinner der Wahl die *Bewegung für Rechte und Freiheiten* (DPS), die offensichtlich ihr traditionelles Wählerpotenzial – muslimische Bulgaren und bulgarische Türken – gut mobilisieren konnte. Es schadete ihr auch nicht, dass sie den umstrittenen Medienmogul Delyan Peevski auf Platz 2 ihrer Liste antreten ließ. Überraschenderweise erklärte Peevski bei der auf die Wahl folgenden mitternächtlichen Pressekonferenz, dass er sein Mandat nicht annehmen werde. Eventuell ist dies eine Reaktion auf die deutliche Kritik aus der eigenen europäischen Parteienfamilie *Allianz der Liberalen und Demokraten* (ALDE) an der Nominierung Peevskis.

Als neue politische Kraft etablierte sich mit dieser Wahl *Bulgarien ohne Zensur*, die in den letzten Monaten einen rasanten Aufstieg hinlegte. Diese populistische Partei ist offensichtlich hervorragend mit Finanzmitteln ausgestattet und pflegt erfolgreich das Image einer Anti-System-Partei. Die Tatsache, dass ihr Vorsitzender, der bekannte Fernsehjournalist Nikolay Barekov, vom TV-Sender *TV7* kommt, der wiederum dem Medienimperium Delyan Peevskis zugerechnet wird, führte zu Spekulationen, ob Barekov von Peevski finanziert wird, was Barekov selbst vehement bestreitet. BBZ hat in der Vergangenheit erfolglos versucht, Mitglied der EVP zu werden.

Eine weitere relativ neue Formation ist der sogenannte *Reformblock*: Er setzt sich aus fünf traditionell rechten Parteien zusammen – der Bewegung *Bulgarien der Bürger*, SDS, DSB, der *Volkspartei Freiheit und Würde* sowie der *Bulgarischen Bauernvolksunion*. Offensichtliche Differenzen zwischen den im *Reformblock* vertretenen Parteien ließen die Formation in jüngster Zeit in den Meinungsumfragen zurückfallen, dennoch schafften sie mit immerhin einem Mandat den Einzug in das EU-Parlament. Die Spitzenkandidatin, die ehemalige EU-Kommissarin Meglena Kuneva wird jedoch nicht in das Parlament einziehen, sondern der Listenzweite Svetoslav Malinov, weil er mehr Erststimmen als Kuneva erhielt.

Eine herbe Enttäuschung war die Wahl für die Bewegung ABV. Nicht einmal der prominente Listenführer Ivailo Kalfin, bisheriger MdEP der *Koalition für Bulgarien*, errang ein Mandat. Ein Grund war sicher, dass ABV außer ihrer Gegnerschaft zur BSP kein sichtbares politisches Programm bot. Der ABV-Vorsitzende Georgi Parvanov hat inzwischen die Verantwortung für die Wahlniederlage übernommen. In einem Interview erklärte er, ABV trotz des Misserfolgs nun als Partei registrieren zu lassen und sich selbst einer Vertrauensabstimmung als Vorsitzender zu stellen.

Als positives Ergebnis kann das schlechte Abschneiden der extremen Rechten in Bulgarien gelten. Damit ist Bulgarien eines der wenigen Länder, die keine rechts-extremen Kräfte nach Straßburg schicken. *Ataka*, die bisher zwei Abgeordnete im EU-Parlament hatte, beraubte sich durch ihre Unterstützung der Regierung selbst des Images als Protestpartei. Hinzu kamen zahlreiche Skandale, in deren Zuge Parteichef Volen Siderov seine Immunität verlor.

Die Ergebnisse der Europawahlen werden direkte Auswirkungen auf die ohnehin instabile politische Situation in Bulgarien haben.

Zum Hintergrund: In Bulgarien regiert seit Juni 2013 eine Minderheitsregierung mit Unterstützung von BSP und DPS. Um das Quorum im Parlament zu erreichen, sind beide auf Stimmen der rechtsradikalen Partei *Ataka* angewiesen. *Ataka* wiederum, die bislang die Regierung stützt, hatte bereits mehrfach angedroht, das Parlament zu verlassen. Nach ihrem schlechten Abschneiden bei der Europawahl, wird dieses Szenario noch wahrscheinlicher. Dann würde die Regierung von den Stimmen der

vier unabhängigen Abgeordneten – drei davon haben GERB verlassen und ein Abgeordneter die *Koalition für Bulgarien* – abhängen. Von diesen wiederum haben sich drei bereits *Bulgarien ohne Zensur* angeschlossen. *Bulgarien ohne Zensur* forderte jedoch noch am Wahlabend Neuwahlen, ebenso wie der Wahlsieger GERB und der *Reformblock*.

Ebenfalls Sorge bereitet der BSP das starke Abschneiden des Quasi-Koalitionspartners DPS, denn diese wird nun in der Regierung hohe Forderungen stellen. Das ist ein Grund dafür, dass es auch innerhalb der BSP Stimmen für vorgezogene Parlamentswahlen gibt, die nun immer wahrscheinlicher werden.



Frankreich

Wahlkatastrophe der Regierungspartei und Triumph der *Front National* bringen Frankreich und Europa in Gefahr

Peter Gey

Die Ergebnisse der Europawahl 2014 in Prozent (in Klammern Ergebnisse von 2009) und Zahl der Sitze:

Wahlbeteiligung:	43,5 (40,6)	Sitze
Parti Socialiste	13,9 (16,5)	13
UMP	20,8 (27,9)	20
Front National	24,9 (6,3)	24
Alternative*	9,9 (8,5)**	7
Grüne	8,9 (16,3)	6
Linksfront	6,3 (6,1)	3

* Modem und UDI, ** Modem

Die Sozialistische Partei (PS) erzielt ihr schlechtestes Ergebnis bei einer landesweiten Wahl: Nur noch knapp 14 Prozent der Wählerschaft entschieden sich bei den Europawahlen am 25. Mai für die Partei von Staatspräsident François Hollande. Bisher hatte noch kein Präsident in der Fünften Republik das Vertrauen seiner politischen Basis in diesem Maße verloren. Für Premierminister Manuel Valls war das Ergebnis »ein Schock, ein Erdbeben«. Frankreich und Europa würden nun durch eine »schwierige Zeit« gehen. Regierungssprecher Stéphane Le Foll sah in dem Ergebnis eine »Schwächung der Position Frankreichs in Europa«. Allgemein wurde der Wahlausgang in den Medien ohne Abstriche als eine schwere Niederlage für Präsident und Regierung bezeichnet.

Die Front National (FN) triumphiert: Gegenüber 2009 konnten die Rechtsradikalen ihren Stimmenanteil mit 25 Prozent vervierfachen. Ein Wahlsieg der FN war zwar erwartet worden, jedoch nicht in diesem Maße. Sie werden im Europaparlament fortan fast doppelt so viele Sitze einnehmen wie die Regierungspartei. Jean-Marie Le Pen, Gründer und Ehrenvorsitzender der FN, forderte umgehend den Rücktritt des Premierministers und die Auflösung der Nationalversammlung. Die Vorsitzende Marine Le Pen erklärte, das französische Volk habe »laut und klar« gesprochen. Es wolle sein politisches Schicksal

selbst in die Hand nehmen »für die Franzosen und mit den Franzosen«.

Das Wahlergebnis verschärft die Konflikte in der UMP: Bis zum Schluss hatte die UMP-Führung gehofft, ein besseres Ergebnis als die FN zu erzielen und somit wichtigste Oppositionspartei zu bleiben. Es ist abzusehen, dass sich die internen Auseinandersetzungen um die Präsidentschaftskandidatur 2017 nun verschärfen werden. Der Parteivorsitzende Jean-François Copé versuchte zunächst vom eigenen Versagen abzulenken und bezeichnete den Wahlausgang als Ausdruck einer »riesigen Wut« und »schweren Verbitterung« über die Politik François Hollandes. Doch einer seiner Rivalen im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur 2017, der ehemalige Premierminister François Fillon, stellte klar, dass es jetzt um die »Ehre und Glaubwürdigkeit« der UMP gehe.

Grüne und Linkspartei sind weitere Wahlverlierer: Die Grünen hatten nach ihrem Austritt aus der Regierung gehofft, an ihr gutes Ergebnis bei den letzten Europawahlen anknüpfen zu können, als sie mit Unterstützung von Daniel Cohn-Bendit 16,3 Prozent erreichten und fast gleichauf mit den Sozialisten lagen. Stattdessen schrumpfte ihr Stimmenanteil um fast die Hälfte. Auch das Parteienbündnis der Linksfront konnte aus der Schwäche der Sozialisten keinen Nutzen ziehen und schnitt mit 6,3 Prozent nur geringfügig besser ab als 2009. Jean-Luc Mélenchon, Vorsitzender der Linkspartei, die Mitglied der Allianz ist, meinte, für seine Gruppierung sei das »historische Tief« erreicht und fügte hinzu, die Leute würden sie halt in »denselben Topf werfen wie die Linke an der Regierung«.

Was waren die Gründe für die verheerende Niederlage der PS? Weit mehr als die Hälfte (58 Prozent) derer, die François Hollande 2012 zum Sieg verholfen hatten, verweigerten am Tag der Europawahl die Stimmabgabe. Zu oft hatte ihnen der Präsident vorausgesagt, die Arbeitslosigkeit werde sinken. Wiederholt hatte er die Krise für beendet erklärt. Doch der wirtschaftliche Aufschwung blieb aus. Hinzu kamen politische Fehlentschei-

dungen und Skandale, die das Vertrauen in Präsident und Regierung untergruben. Die PS hatte nicht zuletzt auch deswegen ein Glaubwürdigkeitsproblem, weil sie in Frankreich eine unbeliebte Sparpolitik betreibt, aber im Wahlkampf versprach, gegen die Brüsseler Sparpolitik zu kämpfen. Daher waren die hohe Wahlenthaltung unter der sozialistischen Wählerschaft und das gute Abschneiden der FN ein klarer Protest gegen die Regierungspolitik der vergangenen beiden Jahre.

Die FN richtete ihren Wahlkampf erfolgreich gegen Europa und die Globalisierung: Die FN griff die Themen auf, die die Menschen beschäftigen: zunehmende Einwanderung (31 Prozent), sinkende Kaufkraft (30 Prozent), unübersichtliche Eurokrise (27 Prozent) und wachsende Arbeitslosigkeit (27 Prozent). Die Europäische Union und die Globalisierung wurden zu den Ursachen dieser Übel erklärt und ohne Einschränkung bekämpft. Doch dies erklärt nur teilweise das gute Abschneiden der FN. Für mehr als zwei Drittel der FN-Wähler war das ausschlaggebende Motiv für ihre Stimmabgabe vielmehr der Wunsch, François Hollande abzustrafen.

Es hat sich ein Drei-Parteien-System etabliert: Ihr bestes Ergebnis hat die FN nicht bei den über sechzigjährigen Wählerinnen und Wählern, wo sie nur 21 Prozent erreichte, sondern mit 30 Prozent bei den unter Dreißigjährigen erzielt. Sie ist nun auch regional breit aufgestellt und nicht nur auf wenige Hochburgen im Nordwesten und Südosten beschränkt. Die FN ist in 71 der 101 Départements stärkste politische Kraft geworden. Daher ist davon auszugehen, dass sich die Rechtsradikalen dauerhaft als dritte Partei in Frankreich etabliert haben.

Es besteht die Gefahr, dass die Schuldenquote die 100-Prozent-Marke übersteigt: Der linke Flügel war dem Sparprogramm von Premierminister Manuel Valls bislang nur widerwillig gefolgt. Die nach der Niederlage bei den Kommunalwahlen vom März nun zweite Wahlschlappe wird die PS-Linke dazu veranlassen, noch vor den Regionalwahlen 2015 einen politischen Kurswechsel zu verlangen. Da Frankreich bereits eine 35-Stunden-Woche und einen Mindestlohn von 9,53 Euro hat, bleibt im Wesentlichen die Forderung, auf weitere Sparmaßnahmen zu verzichten. Premierminister Manuel Valls hat noch am Wahlabend angekündigt, die Steuerlast für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu senken. Damit droht der Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt weiter zu steigen. In der Folge

würde sich die Regierung der künftigen Entwicklung auf den Finanzmärkten ausliefern und bei einem früher oder später eintretenden Zinsanstieg stark an budgetärer Handlungsfähigkeit verlieren. Auftretende Zweifel am Reformwillen der französischen Regierung würde außerdem unweigerlich die Krise der Eurozone verstärken.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2017 entscheidet die FN-Wählerschaft maßgeblich mit: Das französische Wahlsystem sieht vor, dass für einen Sieg bei der Präsidentschaftswahl eine absolute Mehrheit erforderlich ist. Wird diese nicht in der ersten Runde erreicht, kommen die beiden bestplatzierten Kandidaten in die entscheidende zweite Runde. In der Folge muss auch die Wählerschaft der extremen Linken und der extremen Rechten im Wahlkampf angesprochen werden. Da auf der extremen Linken nicht mehr viel zu holen ist, werden die Kandidaten der beiden großen Parteien versuchen, Stimmen aus der Wählerschaft der FN einzufangen. Das wird für beide Parteien nicht ohne europapolitische Ambivalenzen geschehen können.

Griechenland

Kompliziertes Puzzle mit Rotstich und braunen Streifen

Christos Katsioulis, Nicole Katsioulis

Ein Sieger mit Trostpreis, zwei Verlierer ohne Verlust und ein lachender Dritter mit Hakenkreuzflagge – so lässt sich das politische Panorama Griechenlands nach den Europa- und Kommunalwahlen beschreiben. Denn der weithin zum Referendum über den Reformkurs deklarierte Wahlgang endet für beinahe alle unbefriedigend. Die Linkspartei SYRIZA gewinnt die Europawahlen mit 26,6 Prozent eindeutig, kann das Ergebnis von 2012 allerdings nicht überbieten und damit den Anspruch auf sofortige Neuwahlen nicht untermauern. Die Regierungskoalition verliert zwar insgesamt etwa 11 Prozent, kann ein Desaster aber vermeiden. Lachender Dritter ist die noch einmal gestärkte neonazistische *Chrysi Avgi* (Goldene Morgenröte) mit knapp 10 Prozent – sie ist damit drittstärkste Partei und entsendet drei Abgeordnete ins Europaparlament.

In Griechenland wurde am 25. Mai doppelt gewählt. Neben den Europawahlen fand die zweite Runde der Kommunalwahlen statt. Es ging unter anderem noch um 12 von 13 Regionalgouverneure sowie die Bürgermeister von Athen und Thessaloniki. Es waren die ersten Wahlen seit den Parlamentswahlen von 2012 in Griechenland. Nach vier Jahren Krisenmanagement und zwei Jahren Koalitionsregierung aus konservativer *Nea Dimokratia* und sozialdemokratischer PASOK war es die erste Gelegenheit für die griechischen Bürgerinnen und Bürger, sich kollektiv zu artikulieren. Diese Möglichkeit haben mit 60 Prozent auch – für EU-Verhältnisse – überdurchschnittlich viele Wähler genutzt. Mithin waren beide Wahlen stark aufgeladen – sowohl Regierungsparteien als auch die Oppositionspartei SYRIZA hatten sie zu einer Abstimmung über den Kurs der Regierung erklärt. PASOK-Chef Venizelos hatte vom Ergebnis den Verbleib in der Regierung abhängig gemacht. Die dominierenden Themen vor der Wahl und bei der Interpretation des Ergebnisses waren rein national orientiert – weder die europäische Dimension spielte dabei eine Rolle noch die lokalen Gegebenheiten.

Das Ergebnis in der Analyse

Die Europawahlen sind für Griechenland historisch, denn erstmals hat eine Partei, die aus der kommunistischen Linken hervorgegangen ist, eine größere Wahl gewonnen. SYRIZA ist mit 26,6 Prozent stärkste Partei und wird sechs Abgeordnete nach Brüssel entsenden. Auch bei den Kommunalwahlen konnte die Partei erste Erfolge erzielen. SYRIZA konnte zwei Regionen für sich entscheiden: die Ionischen Inseln und Attika. Außerdem schaffte es die Linkspartei teilweise überraschend in die zweite Runde der Kommunalwahlen, beispielsweise in Athen. Bemerkenswert ist vor allem, dass die bevölkerungsreichste Region des Landes, Attika, mit etwa einem Drittel der Bevölkerung nun von der jungen SYRIZA-Gouverneurin Rena Dourou regiert wird. Sie besiegte den PASOK-Amtsinhaber in einem Kopf-an-Kopf-Rennen und festigt die Präsenz von SYRIZA in den urbanen Regionen des Landes. Dieser »Trostpreis« könnte sich langfristig als bedeutsam für die Linkspartei erweisen, weil die neue Gouverneurin dazu beitragen dürfte, den kommunalen Unterbau von SYRIZA zu stärken, der bislang eher nur ansatzweise existiert.

Dennoch umgibt das Ergebnis der Geruch des Scheiterns, weil es Alexis Tsipras nicht gelungen ist, ein Ergebnis zu erzielen, das die Forderung nach unmittelbaren Neuwahlen legitimieren würde. SYRIZA ist unter den Werten von 2012 geblieben und der Abstand zur *Nea Dimokratia* ist mit ca. 3,8 Prozent nicht überzeugend genug, um einen Machtwechsel einzuleiten. Alle Beobachter waren zuvor davon ausgegangen, dass nur ein Unterschied von mehr als 5 Prozent eine Dynamik in Gang setzen würde, die zu raschen Neuwahlen führen könnte. Dennoch versucht Tsipras diesen Wahlsieg in Einfluss umzumünzen und forderte am Tag darauf beim Staatspräsidenten ein Mitspracherecht der »stärksten Partei« bei allen zentralen Entscheidungen, insbesondere hinsichtlich des Postens des EU-Kommissars oder auch des Zentralbankchefs.

Die Regierung dagegen ist mit einem blauen Auge davongekommen. *Nea Dimokratia* hat mit 22,7 Prozent einen deutlichen Verlust im Vergleich zu 2012 (29,72) erlitten

und die unter dem Namen *Elia* gemeinsam mit kleineren Parteien und Bündnissen angetretene PASOK blieb mit 8 Prozent ebenfalls unter den 12 Prozent von 2012. Entscheidend ist jedoch, dass die Regierung damit deutlich vor SYRIZA liegt und der knappe Abstand zwischen *Nea Dimokratia* und der Linkspartei keine Rückschlüsse auf eine dauerhafte Ablösung der stärksten Partei zulässt. Sowohl Regierungschef Samaras als auch PASOK-Chef Venizelos hatten vor den Wahlen deutlich gemacht, dass sie einen Dämpfer erwarten, da die griechische Gesellschaft weiterhin stark von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise betroffen sei. Dies erlaubt es nun, selbst die kumulierten Stimmenverluste von 11 Prozent als Anzeichen der Stabilisierung zu werten.

Die darbende Sozialdemokratie

Die Interpretation der Stabilisierung gilt besonders für die PASOK und ihr Wahlbündnis *Elia*. Sie galt vor den Wahlen nicht nur als der kranke Mann Griechenlands, sondern vielmehr als der sterbende. Es war erwartet worden, dass die einst dominante Regierungspartei mit unter 5 Prozent ihren Abschied von der politischen Bühne einleiten würde. Daher sind die 8 Prozent sowie die 16 Prozent bei den Kommunalwahlen ein eindeutiges Zeichen der Stabilisierung und erlauben der PASOK, den Prozess der Neuordnung des Mitte-links-Raums aus einer gefestigten Position heraus anzugehen.

Im Gegensatz dazu musste die *Demokratische Linke* (DIMAR) schwere Verluste einstecken und kämpft mit 1,2 Prozent um das politische Überleben. Auch die Neugründung *To Potami* (»Der Fluss«), die mit antisystemischen und populistischen Parolen in den Wahlkampf gegangen war, bleibt mit 6,6 Prozent unter den Erwartungen. Auch diese Partei, deren Zuordnung bislang nicht möglich war, scheint sich nun auf den Prozess der Neuordnung des Mitte-links-Raumes einzulassen und erweitert damit möglicherweise nicht nur den Spielraum der Sozialdemokratie in Griechenland, sondern auch die S&D-Fraktion in Brüssel.

Die Neonazis als lachende Dritte

Klarer Gewinner ist die offen rassistische *Chrysi Avgi*, die mit 9,4 Prozent noch einmal 3 Prozent seit 2012 hinzugewonnen hat, obwohl seit Monaten gegen die Partei

wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wird und der Parteichef sowie einige Abgeordnete in Untersuchungshaft sitzen. Mit ihren Parolen gegen Ausländer, gegen das Establishment der »korrupten Politiker« und ihrem offenen Nationalismus konnte sie jedoch gerade in den ärmeren Vierteln der Großstädte und bei den jüngeren Griechinnen und Griechen Stimmen gewinnen. Besonders beunruhigend ist auch die Tatsache, dass sie in den Wahllokalen der Bereitschaftspolizei zweitstärkste Partei war.

Was vom Tage übrig blieb?

Europa spielte keine Rolle. Weder im Wahlkampf noch in der Interpretation des Resultats kam die Frage auf, was dies für Europa bedeutet. Aber implizit bedeutet das griechische Ergebnis, dass die EU ihr Krisenmanagement überdenken muss. Der Reformkurs, wie er mit der Troika vereinbart und umgesetzt wurde, ist offensichtlich nicht ganz demokratiekonform, oder demokratiefest. Die gesellschaftlichen Widerstände gegen die Austeritätspolitik haben in Griechenland politische Artikulationen gefunden, die die gemeinsame Wertebasis der EU infrage stellen – und dies bezieht sich nicht auf die Linkspartei SYRIZA, sondern vielmehr auf den extrem rechten Rand oder die bei 6 Prozent stabilisierten Kommunisten.

Aus griechischer Binnenperspektive betrachtet, hinterlassen die Wahlen bei fast allen Beteiligten einen faden Nachgeschmack. Weder stärken sie die Regierung in der Legitimität des Reformkurses noch untergraben sie diese grundlegend. Das Parteiensystem fragmentiert sich weiter und illustriert die andauernden Veränderungen der griechischen Politik. Sie machen auch deutlich, dass Alleinregierungen kaum mehr eine Chance haben werden – sowohl SYRIZA als auch die ND verfehlen dies eindeutig. Sie unterstreichen aber auch die Kurzlebigkeit von Parteien. Während die Demokratische Linke 2012 noch 6,2 Prozent erlangte, ist sie nun mit 1,2 Prozent eine verschwindende Größe. *To Potami* dagegen erreicht drei Monate nach Gründung ebenfalls über 6 Prozentpunkte. Zu guter Letzt ist an diesem Ergebnis ablesbar, dass die Neonazis kein kurzlebiges Krisenphänomen sind, sondern vielmehr eine politische Größe in Griechenland, gegen die alle demokratischen Parteien eine Strategie entwickeln müssen.



Die politische Lage in Athen wird daher labil bleiben. Als möglicher Zeithorizont der anstehenden Neuwahlen gilt die Präsidentenwahl im Februar 2015. Die Verluste der Regierung, der relative Erfolg des Wahlbündnisses *Elia* und die Niederlage der DIMAR könnten die Koalition aber in den kommenden Wochen und Monaten stärken. Denn die mitte-links orientierten unabhängigen Abgeordneten könnten ebenso wie die 14 Abgeordneten der DIMAR im Rahmen eines Vereinigungsprozesses der Sozialdemokratie wieder mit der PASOK kooperieren und damit die

Fraktionen der Koalition im Parlament wieder stärken. Damit könnte der Stimmenverlust bei den Europawahlen übersetzt werden, die aktuell knappe Mehrheit von nur zwei Sitzen erhöhen und die Regierung Samaras und Venizelos über den anstehenden Herbst retten. Und wenn es der Regierung dort gelingt mit einer neu gebildeten Kommission und den europäischen Partnern eine Lösung für die Schuldenfrage zu finden, dann kann das Wahlergebnis vom 25. Mai ein Warnschuss ohne Folgen bleiben.

Griechenland:

Ergebnisse der Parlamentswahlen Juni 2012 und der Europawahlen 2014 im Vergleich

Partei	Europawahlen Mai 2014	Sitze EP	Parlamentswahlen Juni 2012*	Differenz Juni 2012 – Mai 2014
SYRIZA	26,58 %	6	26,89 %	-0,31 %
Nea Dimokratia	22,71 %	5	29,66 %	-6,95 %
Goldene Morgenröte	9,40 %	3	6,92 %	+2,48 %
PASOK/»Olivenbaum«	8,02 %	2	12,28 %	-4,26 %
To Potami (Der Fluss)	6,60 %	2	nicht im Parlament vertreten (2014 gegr.)	+6,60 %
KKE	6,09 %	2	4,50 %	+1,59 %
Unabhängige Griechen	3,46 %	1	7,51 %	-4,05 %
Demokratische Linke (DIMAR)	1,20 %	nicht im EP vertreten	6,25 %**	-5,05 %

* genannt sind nur die im Parlament vertretenen Parteien

** im Juni 2013 aus der Drei-Parteien-Koalition ausgetreten

Großbritannien

Das UKIP – Erdbeben

Ulrich Storck

Es war ein Erdbeben mit Ansage, dessen Schockwellen noch weit über diese Wahl hinaus spürbar sein werden. Der selbst ernannte »Fuchs im Hühnerstall Westminsters«, Nigel Farage, hat das britische Parteiensystem nachhaltig erschüttert.

Weggefegt wurden zunächst die Liberaldemokraten, vormals selbst eine Alternative für Protestwähler, die inzwischen jedoch als Juniorpartner in der Regierungskoalition ihre Seele verkauft haben. Als einzige britische Partei standen sie aufrecht für Europa ein, allerdings nicht alleinig aus Überzeugung: Da keine weitere Partei die wenigen ausgemachten EU-Anhänger als Zielgruppe ansprach, glaubten sie mit deren Stimmen einige Prozentpunkte gutmachen und den totalen Untergang an den Urnen verhindern zu können. Ihr Ergebnis von 6,7 Prozent (von 13,7 in 2009) mit nur noch einem europäischen Parlamentsmandat belegt, dass ihnen das komplett misslungen ist.

UKIP dagegen, erklärter Gegner nicht nur der britischen EU-Mitgliedschaft, sondern auch aller weiteren politischen Parteien, verbuchte bereits seit Monaten wachsende Umfragewerte. Skandale über rassistische, fremden- und frauenfeindliche Positionen, Affären um Unterschlagungen von Geldern und Missbrauch von öffentlichen Zuwendungen konnten der Partei und ihrem Frontmann Nigel Farage nichts anhaben – im Gegenteil: Jedwede Publicity lies ihre Zustimmungswerte weiter kräftig ansteigen. UKIP appelliert an den Bauch der Bürger – mit simplifizierten Botschaften an den Fakten vorbei –, in dem sich in den vergangenen Jahren die Unzufriedenheit über die Regierung, die wirtschaftliche Lage, den Sozialabbau, sinkende Einkommen und Lebensstandards zu einem Gefühl der Verunsicherung, Frustration und politischen Ohnmacht verdichtet hat. UKIP ist es gelungen, alle weiteren Parteien als verwechselbare Mitglieder eines verlogenen politischen Establishments ohne Bodenhaftung hinzustellen, zu dem UKIP – als Stimme des kleinen Mannes – die einzige Alternative bietet. Dies ist umso erstaunlicher, als Farage aus einer Banker-Familie stammt und als Europaabgeordneter seit 15 Jahren seine eigene Zugehörigkeit zur politischen Klasse kaum leugnen kann.

Für alles Übel gibt es einen Schuldigen: die EU. Die Briten interessieren sich eigentlich nicht für die EU. Themen wie Wirtschaft, Beschäftigung und Einkommen sind ihre Prioritäten. Diese verknüpft UKIP mit dem Thema EU-Mitgliedschaft: An der Wirtschaftskrise sei Europa schuld, an der Arbeitslosigkeit die Einwanderung durch EU-Freizügigkeit, die britischen Beitragszahlungen nach Brüssel an den leeren Sozialkassen. Kaum ein Brite möchte von UKIP regiert werden, keiner traut ihnen politische Führungskompetenz zu. Aber sie sind zur Stelle, will man eben dieser Frustration und Ohnmacht Ausdruck verleihen – ein deutliches Warnsignal an die Politik über die Stimmungslage in der Bevölkerung, nicht bloß über ihre EU-Aversion.

Insbesondere den *Tories* setzt UKIP zu – ihre Stimmengewinne gehen vornehmlich zulasten der Konservativen. Die Partei hat seit jeher ein ambivalentes Verhältnis zur EU. Die Konkurrenz um ihre Wähler am rechten Rand verschafft der parteiinternen antieuropäischen Fraktion Zulauf: Bereits ein Drittel der *Tory*-Abgeordneten sprechen sich offen gegen die EU aus. Parteichef Cameron steht mit einer Europa-bejahenden Minderheit am anderen Ende des Meinungsspektrums der Partei. Beide Lager ringen um Einfluss auf die unentschlossene Mehrheit. Noch sind sich die *Tories* uneins darüber, ob sie wirklich die Partei sein wollen, die mittelfristig Großbritannien aus der EU führen soll. Mit dem Versprechen eines Austrittsreferendums und wiederholten EU-kritischen Botschaften – bspw. die Einschränkung des freien Personenverkehrs und die Beschränkung von Sozialleistungen für EU-Einwanderer – buhlt der Regierungschef um innerparteiliche Zustimmung. So setzte auch die *Tory*-Kampagne auf populäre Kritik an Europa, allerdings – in Abgrenzung zu UKIP – ohne den zwangsläufigen Austritt zu propagieren. Als Alleinstellungsmerkmal verkaufen sie ihr Versprechen eines Referendums: die einzige Partei, welche die Bürger und Bürgerinnen ernstnimmt und befragt.

Auch *Labour* tut sich mit dem Thema EU schwer – sie verweisen auf die EU-feindliche öffentliche Meinung, ohne ernsthafte Versuche zu unternehmen, diese mit einer sachlichen Debatte über die unbestreitbaren Vorteile

der britischen EU-Mitgliedschaft zu beeinflussen. Nach langem Lavieren hat sich im März Parteichef Miliband zumindest öffentlich gegen ein Referendum im Falle eines Wahlsieges 2015 gestellt, und selbst diese Position warf deutliche parteiinterne Kritik auf. *Labours* Botschaft ist seitdem, dass Großbritannien dringlichere Probleme hat als seine EU-Mitgliedschaft, um die sich einzig *Labour* kümmert, während andere in EU-Hysterie verfallen: Lebenshaltungskosten, Kinderbetreuung, Strompreise, Wohnungsbau und Jobs. Ihre Kampagne vermied daher das Thema EU komplett, ihre Flugblätter ließen eher eine nationale Wahl vermuten.

In dieser Konstellation ist es kaum verwunderlich, dass ein öffentlicher Wahlkampf um die 73 britischen Sitze im Europaparlament kaum stattfand. Mit Ausnahme der volkstümlichen Auftritte von UKIP war die Wahl in den Medien kaum sichtbar. Zugleich fehlten auch die informativen Beiträge zur Aufklärung der Bevölkerung – wie bspw. in Deutschland geschaltet – über Funktionen und Kompetenzen der EU, des Parlaments und der Kommission, um dem Wähler das Gewicht seiner Stimme zu verdeutlichen. Im TV-Duell konfrontierten sich lediglich Nick Clegg und Farage, die großen Parteien hielten sich im Hintergrund.

Die Spitzenkandidaten Schulz und Juncker hatten Großbritannien frühzeitig aus ihrem Kampagnenplan gestrichen, beide sind den Briten als Verfechter tieferer europäischer Integration suspekt. Da beide auf die grundsätzlichen europäischen Prinzipien wie Freizügigkeit bestehen, werden sie auf der Insel als Gegner der britischen Sache gesehen. Somit hatte der erste gesamteuropäisch personalisiert geführte Wahlkampf in Großbritannien nur ein Gesicht: das von Nigel Farage. Kaum verwunderlich, dass die Wahlbeteiligung – wie in 2009 – bei lediglich 34 Prozent lag. Sie wäre evtl. noch niedriger ausgefallen, hätten nicht zeitgleich Kommunalwahlen stattgefunden. Viele Briten wussten nicht einmal von der Europawahl.

Es wäre zu vereinfacht, das überragende Ergebnis von UKIP (26,8 Prozent gegenüber 16,5 in 2009) als reine Protestwahl zu bezeichnen, die sich so nicht mehr wiederholen wird. Die *Tories* sind signifikant geschwächt: Sie müssen nicht nur den Stimmenverlust (23,2 Prozent gegenüber 27,7 in 2009) hinnehmen, sondern zukünftig auch strategisch mit der Tatsache umgehen, dass sich rechts des konservativen Zentrums eine wählbare – weil nicht toxisch-radikale – Alternative etabliert hat. Es ist absehbar, dass dies die interne Auseinandersetzung der bereits zerrissenen *Tory*-Partei weiter befeuern wird. Bereits jetzt gibt es Stimmen, die ein Wahlbündnis mit UKIP öffentlich kolportieren.

Labour hat ihr Wahlziel verfehlt, als stärkste Partei aus dem Urnengang hervorzugehen. Trotz erheblichem Stimmenzuwachs – 24,6 Prozent im Vergleich zu 15,7 in 2009 – ist von der erhofften Aufbruchsstimmung als Signal für den aufkommenden nationalen Wahlkampf wenig zu verspüren. Die Taktik des Vermeidens der Konfrontation mit UKIP, indem die Kampagne alleine um nationale Themen geführt wurde, ging nicht auf und bedeutet für Parteiführer Miliband eher eine Hypothek für die kommenden politischen Auseinandersetzungen.

Der Wähler hat dem politischen Establishment ein starkes Signal gesendet. Die beiden großen Parteien trösten sich etwas damit, dass wohl nur eine Minderheit der UKIP-Wähler vorhat, diese auch in nationalen Wahlen zu unterstützen – sicher ist dies aber keineswegs. Für Europa ist das britische Wahlergebnis keine gute Nachricht: Eine konstruktive Parlamentsarbeit der populistischen Mandatsträger ist auch in Zukunft nicht zu erwarten. Dass die Koalitionsbildung mit anderen rechtspopulistischen Kräften in Europa von UKIP ausgeschlossen wird, nährt zumindest die Hoffnung, dass die Briten nicht zu einer starken antieuropäischen Fraktion im Europaparlament beitragen.

Ergebnisse der wichtigsten Parteien bei der Europawahl in Großbritannien (inkl. Nordirland) 2014

	Ergebnis in % 2014	Ergebnis in % 2009	Ergebnis in Sitzen 2014	Ergebnis in Sitzen 2009
Labour	24,6	15,7	20	13
UKIP	26,8	16,5	24	13
Conservative	23,2	27,7	19	26
Green Party	7,7	8,6	3	2
LibDem	6,7	13,7	1	11

Irland

Triumph für *Sinn Féin* und Totalverlust für die *Labour Party*

Jeannette Meyer

Irland wird von der EU gerne als Erfolgsbeispiel eines gelungenen europäischen Finanzhilfeprogramms und als Aushängeschild für erfolgreiche Austeritätspolitik gelobt: Als erstes Land konnte es im Dezember 2013 nach drei Jahren strenger Sparpolitik den Euro-Rettungsschirm verlassen. In der Tat scheint die irische Wirtschaft auf gutem Wege zu sein: Die Arbeitslosenquote ist gegenüber ihrem Höchststand von 15,1 Prozent in 2012 auf 11,7 Prozent im April gesunken. Nach dem Rekord-Minuszugang von 3,5 Prozent in 2008 wird für 2014 ein Wachstum vom 1,7 Prozent prognostiziert, für 2015 sogar von 3 Prozent. Irische Unternehmen vergeben gute Noten für die Koalitionsregierung der konservativen *Fine Gael* und der sozialdemokratischen *Labour Party* unter dem konservativen Premier Enda Kenny, der 2011 mit großer Mehrheit gewählt wurde.

Bei so viel Optimismus und Unterstützung für die irische Regierung sollte man denken, dass *Fine Gael* und die *Labour Party* gestärkt aus den Europawahlen hervorgehen würden. Das Gegenteil ist aber der Fall, vor allem für den Juniorpartner in der Koalition, die *Labour Party*. Sie verpasste den Wiedereinzug ins Europaparlament und reduzierte ihren Stimmenanteil von 13,9 Prozent in 2009 auf 5,3 Prozent. Bei der letzten Europawahl schickte sie noch drei Abgeordnete nach Brüssel. *Fine Gael* gewinnt zwar wie beim letzten Mal vier der elf Sitze und behält damit die meisten Mandate, ihr Stimmenanteil reduzierte sich jedoch um 7 Prozentpunkte auf 22,2 Prozent. Die liberale *Fianna Fáil*, als langjährige Regierungspartei für die Finanzkrise verantwortlich gemacht, hat sich in den letzten Monaten erholt und erobert einen Sitz. Die größten Gewinner dieser Europawahl sind unabhängige Kandidaten sowie die linke, irisch-republikanische *Sinn Féin*, oftmals als politischer Arm der IRA bezeichnet, die sich in den letzten Jahren als Anti-Austeritäts-Partei profilierte. Sie erzielte einen Zuwachs von 8 auf 19,5 Prozent und damit drei Sitze.

Die dominierenden Themen des Wahlkampfes waren der Sparkurs der Regierung, die Verschuldung und die hohe Emigration – hier lagen die Schwerpunkte der *Sinn Féin*-Kampagne. Europäische Themen fanden – bis auf

das EU-Verbot von Torfschneiden in irischen Mooren, gegen das sich Landwirte auflehnen – keine Beachtung. Die irische Bevölkerung, vormals von der europäischen Idee begeistert, lässt sich vom Optimismus in der Privatwirtschaft nicht anstecken. Sie hat die Nase voll von der aus Brüssel oktroyierten Austeritätspolitik und dem kriechenden Weg aus der Rezession. Sie wirft der Regierung vor, Erfolge bei den Beschäftigungszahlen teuer über aktiv geförderte Auswanderung zu erkaufen. Besonders die von der Troika veranlasste Wassersteuer von durchschnittlich 240 Euro pro Jahr – kurz vor der Wahl eingeführt – erregte die Gemüter und wurde als weiteres Zeichen des unsensiblen Umgangs der EU mit Irland gesehen.

Für die *Labour Party* war die Einführung der Wassersteuer ein Fiasko. *Labour*-Führer Eamon Gilmore – seit jeher ein strikter Gegner einer Wassersteuer – musste diese als Regierungsmitglied jetzt öffentlich verteidigen. Der Sozialabbau unter dem Brüsseler Spardiktat empörte vor allem die Wähler von *Labour* und kostete die Partei jetzt Stimmen. Erschwerend hinzu kam die massive Konkurrenz gerade im linken Parteienspektrum, vornehmlich von *Sinn Féin*, aber auch von vielen Kleinparteien wie der *Socialist Party* oder der *Anti Austerity Alliance*.

Sinn Féin hat sich den Protest über die Wassersteuer zunutze gemacht und konnte damit im Endspurt nochmals zulegen. Mit forscher Kritik am Spardiktat punktete die Partei vor allem bei jungen Wählern, welche die EU-Maßregeln auch für ihre hohe Arbeitslosigkeit von 25,9 Prozent verantwortlich machen. Jungen Wählern sind die Altlasten der *Sinn Féin* aus Bürgerkriegszeiten weniger präsent. Zudem hatte die Partei junge Kandidaten ohne Verbindung zur IRA-Vergangenheit aufgestellt. Selbst die Verhaftung ihres Partychefs Gerry Adams kurz vor der Wahl wegen eines alten IRA-Mordes konnte der Popularität der Partei nichts anhaben. *Sinn Féin* wirft Regierung und EU vor, durch die Austeritätspolitik die wirtschaftliche Situation in Irland verschlimmert zu haben. Anders als die antieuropäischen Protestparteien in vielen europäischen Ländern will sie nicht den Rückzug Irlands aus der EU. Sie ist kritisch gegenüber dem Euro und fordert von der

EU eine andere Finanz- und Wirtschaftspolitik. Sie spricht sich aber klar für Irlands Zukunft in der EU aus.

Im Gegensatz zum Nachbarland Großbritannien kam es in Irland trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage nicht zu einem Aufstieg von populistischen Parteien, die einen Austritt aus der EU fordern. Einige unabhängige Kandidaten bauten ihren Wahlkampf auf EU-Schelte, wie Luke Flanagan, der seiner Stimmungsmache gegen das EU-Verbot von Torfschneiden seinen Sitz im Europäischen Parlament verdankt. Viele EU-kritische Kleinparteien führten eine Anti-Austeritäts-Kampagne, jedoch keine Anti-EU-Kampagne. Damit entsprachen sie dem Stimmungsbild in der Bevölkerung, die zwar ihre Begeisterung für die EU verloren hat, aber doch mehrheitlich für Irlands Verbleib in der Union ist.

Die geringere Wahlbeteiligung von 51,2 Prozent (gegenüber 58,64 Prozent in 2009) und der Stimmenzuwachs für Kleinparteien und unabhängige Kandidaten müssen als Protest der Wähler gegen die wirtschaftlichen Zustände und den Sparzwang gewertet werden. Es ist anzunehmen, dass die Regierung Konsequenzen aus dem Wahlergebnis ziehen wird. Vor allem die *Labour Party* kann dieses katastrophale Ergebnis nicht übergehen: Um einen Rücktritt des Parteiführers Gilmore wurde bereits vor der Wahl intern gerungen. Die beiden Koalitionspartner wurden in ungleichem Maße für ihre gemeinsame Politik abgestraft, Spannungen – auch in der Regierung – sind vorprogrammiert. Insbesondere die Weiterführung des rigiden Sparkurses dürfte nun auf dem Prüfstand stehen. Dass die Probleme des Landes nicht zum Erstarren einer europafeindlichen, populistischen Kraft geführt haben, ist den Iren positiv anzurechnen.

Ergebnisse der wichtigsten Parteien bei der Europawahl in Irland 2014

	Ergebnis in % 2014	Ergebnis in % 2009	Ergebnis in Sitzen 2014	Ergebnis in Sitzen 2009
Fine Gael	22,2	29,1	4	4
Fianna Fáil	22,2	24,1	2	3
Labour Party	5,3	13,9	0	3
Sinn Féin	19,5	11,2	3	0

Italien

Triumph für Matteo Renzi

Michael Braun

»Historisch« nannte noch am Wahlabend Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi das Ergebnis – und er griff dabei nicht zu hoch. Seine gemäßigt linke *Partito Democratico* (PD) trug mit 40,8 Prozent einen wahren Erdrutschsieg davon. Renzi gelang damit das Kunststück, als Regierungschef einen überzeugenden Vertrauensbeweis zu erhalten – und dies ausgerechnet in einem der Hauptkrisenstaaten Südeuropas.

Hauptgegenspieler Beppe Grillo, Chef der Protestformation *Movimento 5 Stelle* (M5S), musste dagegen mit 21,2 Prozent einen Flop hinnehmen, während das Votum für Silvio Berlusconis *Forza Italia* (FI) mit 16,8 Prozent zum Debakel wurde.

Weniger der Kampf zwischen den Parteien als der Dreikampf zwischen den Protagonisten Renzi, Grillo und Berlusconi hatte den gesamten Wahlkampf in Italien geprägt – und im Vordergrund hatte dabei eindeutig die Innenpolitik gestanden. Für Renzi nämlich war die Europawahl ein erster, zugleich aber auch ein womöglich entscheidender Test. Er hatte erst im Dezember 2013 die Führung der damals völlig demoralisierten und zerrissenen PD und dann im Februar 2014 die Regierung übernommen. Renzi stand damit an der Spitze einer PD, die noch unter der Katastrophe bei den Parlamentswahlen vom Februar 2013 litt. Damals war ihr ein klarer Sieg verheißen worden; stattdessen aber hatte sie unter dem seinerzeitigen Chef Pierluigi Bersani bloß 25, die von ihr angeführte Linksallianz bloß 30 Prozent eingefahren.

Vor allem stand die PD unter dem Schock des Sensationserfolgs der Fünf-Sterne-Bewegung unter Grillo. Diese erst 2009 gegen die überkommenen Parteien gegründete Protestbewegung hatte sich bei den Wahlen 2013 aus dem Stand auf 25 Prozent der Stimmen katapultiert. Sie hatte das Gros der Unzufriedenen in dem von der Euro-Krise gebeutelten Land hinter sich versammelt, mit dem griffigen Slogan gegen die alte politische Klasse: »Alle ab nach Hause«.

Renzi seinerseits hatte sich daraufhin als einzige Gegenwaffe gegen Grillo inszeniert. So gewann der 39-jährige

Florentiner erst die Urwahlen in seiner Partei, deren gesamte alte Führung er in die Wüste schickte. Anschließend stürzte er Ende Februar 2014 den Parteifreund Enrico Letta als Regierungschef, um selbst an dessen Stelle zu treten.

Damit war von vornherein klar, dass die EP-Wahl vor allem zum Votum über die Regierung Renzi würde. Ganz auf diese Karte setzte vorneweg Beppe Grillo. Er stellte seine Kampagne unter den unbescheidenen Titel »*Vinciamo noi!*« (»Wir siegen!«). Vergemeinschaftung der Schulden in der Euro-Zone, Kündigung von Stabilitätspakt und Fiscal Compact, zur Not raus aus dem Euro: Dies war die Linie, mit der Grillo ganz auf die tiefe Unzufriedenheit, ja Depression großer Teile der Wählerschaft setzte. Nach einem Wahlsieg wollte er umgehend Staatspräsident Giorgio Napolitano aus dem Amt jagen und die Auflösung des Parlaments erzwingen, um auch nach der nationalen Regierung zu greifen.

Renzi seinerseits spielte die Karte des entschlossenen Neuerers, auch wenn er im Senat nur eine schwache Mehrheit hat und auf rechte Koalitionspartner angewiesen ist. Zuerst verteilte er ein recht kräftiges Steuergeschenk an die unteren und mittleren Einkommensgruppen, die von Mai an 80 Euro monatlich mehr in der Lohntüte haben. Außerdem schob er eine Wahlrechtsreform genauso wie die Reform der politischen Institutionen an. Dennoch agierte er in ausgesprochen schwierigem Umfeld: Immer neue Korruptionsskandale, dazu eine weiter in Stagnation verharrende Wirtschaft standen gegen die Aufbruchsstimmung. So mancher Meinungsforscher sagte gar ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Renzis PD und Grillos M5S voraus.

Umso sensationeller war das Ergebnis vom Sonntagabend. Nie seit ihrer Gründung im Jahr 2007 hatte die PD mehr als 33 Prozent erreicht, nie hatte eine links der Mitte stehende Partei seit 1945 in Italien sich auch nur der 40-Prozent-Marke genähert. Die Wahl wurde so zum wahren Plebiszit für Renzi. Die PD entsendet damit voraussichtlich 31 Abgeordnete nach Straßburg – das größte nationale Kontingent innerhalb der S&D-Fraktion.



Vor allem aber ist Renzi sowohl innerhalb der eigenen Partei als auch in der Regierung deutlich gestärkt. Er kann deshalb sowohl die nach innen angestrebten Reformen als auch die in Europa beabsichtigte Kurskorrektur hin zu einer Milderung der Austeritätspolitik mit deutlich größerem Gewicht vorantreiben. Politische Beobachter vermuten in seinem Wahlsieg gar einen Epochenwechsel, der dem politischen Durchbruch Berlusconi im Jahr 1994 gleichzusetzen sei: Renzi habe alle Chancen, in den nächsten Jahren die politische Agenda Italiens entscheidend zu bestimmen.

Zugleich darf Grillo sich abgestraft fühlen: Die PD ist fast doppelt so stark wie M5S, deren Träume vom friedlichen Umsturz damit vorerst begraben sind, ebenso wie seine Hoffnung, nun auch in Europa dank der Stärke in Italien radikale Kurswechsel erzwingen zu können.

Begraben sind auch die Hoffnungen Berlusconi. Er fuhr trotz einer in Italien zurzeit recht populären Anti-Merkel-

Rhetorik das schlechteste Resultat seit seinem Einstieg in die Politik 1994 ein. Auf der Rechten darf sich nur die *Lega Nord* freuen, die unter ihrem neuen Chef Matteo Salvini den Schulterschluss mit Marine Le Pen vollzog und den Ausstieg aus dem Euro zum Wahlziel Nummer eins machte: Sie gewann gut 6 Prozent.

Dies ändert jedoch nichts daran, dass die Wahl insgesamt die Linke klar vorn sieht. Neben der PD schafft auch die *Liste Tsipras für ein anderes Europa*, ein Sammelbecken der versprengten radikalen Linken, mit akkurat 4 Prozent gerade noch den Einzug ins EP.

Mehr noch: Italien hat Kräften, die den Ausstieg aus dem Euro mehr oder minder offen anstreben oder zumindest für eine Möglichkeit erklären, anders als in allen Umfragen vorhergesagt, insgesamt nur gute 30 Prozent eingeräumt; davon entfallen gerade einmal 10 Prozent auf rechtspopulistische Kräfte.

Kroatien

Land der Europaskeptiker

Dietmar Dirmoser

Vielen Wahlkämpfern kam die Flutkatastrophe in der Grenzregion mit Bosnien und Serbien gerade recht, um die mühsame Mobilisierung für die Europawahlen weitgehend einzustellen. Offizielle Begründung: Man wolle die eingesparten Gelder den Flutopfern zugutekommen lassen. Der Wahlkampf blieb deshalb auch auf der Zielgeraden matt, Sachthemen und Streitfragen fehlten; und die rigide Deckelung der Wahlkampfausgaben tat ein Übriges. Insofern ist bemerkenswert, dass am Sonntag ein deutlicher Zuwachs der Wahlbeteiligung zu verzeichnen war: Sie stieg von 20,8 Prozent (2013) auf 25,1 Prozent, liegt aber immer noch knapp 20 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt. Immerhin sind die Kroaten nun nicht mehr die zweitschlimmsten Europawahlmuffel, sie haben sich auf den fünftletzten Platz verbessert. Nach Umfragen über die Haltung zur EU gehört das neueste EU-Mitglied aber nach wie vor zur Gruppe der Länder mit einem hohen Anteil von Europaindifferenten und Europaskeptikern.

Die Wahlen waren unter diesen Voraussetzungen nur von eingeschränkter Bedeutung, doch lieferten sie Material für innerparteiliche Konflikte und boten wohlfeile Anlässe, die politischen Gegner zu attackieren. Für das politische Publikum war aber vor allem die Frage interessant, ob die sozialliberale Regierungskoalition noch hinreichend Unterstützung mobilisieren kann, oder ob sie – wie diverse Kommentatoren glauben – abgewirtschaftet hat.

Die SDP und ihre Partner in der Regierung ließen sich von solchen Einschätzungen bislang wenig beeindrucken, denn bei den Umfragen rangierten sie über viele Monate knapp vor der Mitte-rechts-Opposition. Doch kurz vor dem Europawahltag begannen die Konservativen massiv zuzulegen. Das Ergebnis des Urnengangs ist aus Sicht der Sozialdemokraten und ihrer Juniorpartner aus HNS, IDS, HSU und SDSS eine veritable Katastrophe. Sie erhielten 29,9 Prozent der Stimmen (–2,2 Prozent) und mit vier Mandaten eines weniger als bei der ersten Europawahl im April 2013, die kurz vor dem EU-Beitritt stattfand. Doch was schwerer wiegt als eigene Verluste, ist, dass die *Kroatische Demokratische Gemeinschaft* (HDZ) und ihre

fünf kleinen rechten Listenpartner (HSS, HSPdrAS, BUZ, ZDS, HDS) mit großem Vorsprung ins Ziel kamen. Sie erreichten satte 41,4 Prozent (+9,4 Prozent) und sechs Sitze, ebenso viele wie im vergangenen Jahr, unter anderem da diesmal in Kroatien nicht mehr zwölf, sondern nur noch elf Sitze vergeben wurden. Wie 2013 kandidierte die populäre Rechtspopulistin Tomasic (HSPdrAS) als Gastkandidatin auf der Liste der HDZ-Allianz, obwohl sie im Europaparlament mit der Fraktion der Europaskeptiker (EKR) zusammenarbeitet, die HDZ aber der EVP-Fraktion angehört. Und wie im vergangenen Jahr erhielt Ruza Tomasic die meisten der sogenannten Präferenzstimmen, mit deren Hilfe die Wähler die Reihenfolge auf der Liste beeinflussen können.

Stärke der Anderen oder eigene Schwäche?

Die HDZ-Strategie der Bündelung der Kräfte von der Mitte bis weit ins rechte Lager und der intensiven Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft hat sich also als erfolgreich erwiesen. Das Wahlkalkül setzte darauf, dass der »harte Kern« der HDZ-Klientel erheblich größer ist als der der SDP-Klientel; insbesondere bei niedriger Wahlbeteiligung können die Konservativen deshalb durch die Aktivierung von Stammwählern Wahlen gewinnen, und dies haben sie generalstabsmäßig versucht.

Bei den Europawahlen im vergangenen Jahr lagen der SDP-Block und der HDZ-Block mit 32 Prozent und 32,8 Prozent noch nahezu gleichauf, und bereits damals empfanden die Sozialdemokraten ihre knappe Niederlage als Demütigung. Nach der Niederlage vom Sonntag dürfte der Druck auf Premier Milanoviæ, der bereits im Vorfeld der Wahlen inner- und außerhalb seiner Partei aufgrund der Erfolglosigkeit seiner Regierung und seinem arroganten Führungsstil scharf kritisiert wurde, nun zunehmen.

Dies auch, weil die HDZ-Koalition ihren klaren Sieg nur in zweiter Linie der eigenen Stärke, sondern vor allem der Schwäche ihres Hauptkonkurrenten verdankt. Die SDP-geführte Regierungskoalition wirkt kraftlos und

ohne Initiative. Aufsehen erregt sie seit geraumer Zeit vor allem durch Streitereien, Konflikte und spektakuläre Entlassungen aus dem Kabinett, darunter der Hinauswurf des Finanzministers Linic und die Entlassung der Leiterin der Steuerverwaltung, deren Abgeordneteneimmunität aufgehoben wurde und gegen die ein Verfahren wegen Begünstigung im Amt anhängig ist. Auch machte die SDP immer wieder durch Skandale auf sich aufmerksam. Die spektakulärsten: Marina Lovriæ, Mitglied der Parteiführung, sitzt in Untersuchungshaft, weil sie als Präfektin Geld veruntreut haben soll; gegen Željko Sabo, Abgeordneter, Bürgermeister der Grenzstadt Vukovar und Mitglied des SDP-Präsidiums ist ein Prozess wegen Amtsmissbrauchs anhängig. In und außerhalb der SDP werden zunehmend kritische Stimmen laut. Die Wähler wenden sich ab, da die Koalition nicht nur ihre Versprechen nicht eingehalten hat, sondern nun auch noch ihre moralische Integrität in Zweifel steht.

Davon profitierte die erst wenige Monate alte linksökologische Partei für nachhaltige Entwicklung ORAH, die mit 9,4 Prozent auf den dritten Platz kam. ORAH wird einen Abgeordneten ins Europaparlament schicken, der der Grünen Fraktion angehören wird. Parteichefin Mirela Holy, ehemals Mitglied der SDP und Umweltministerin, avancierte, ohne viel dafür zu tun, in den letzten Monaten zur beliebtesten Politikerin des Landes nach dem Präsidenten. Der Regierungschef und der Oppositionsführer sind seit geraumer Zeit die Politiker mit den schlechtesten Sympathiewerten, und offenkundig sind die Wähler und Wählerinnen auf der Suche nach neuen Hoffnungsträgern. Genauso offenkundig sind weder Regierung noch Opposition derzeit in der Lage, die Anforderungen dieser Rolle zu erfüllen.

Die kleinen Parteien

Unerwartet gut abgeschnitten hat mit 6,9 Prozent ein Verbund aus acht rechten und nationalistischen Kleinparteien von regionaler Bedeutung, die bei den letzten Wahlen allesamt unter »ferner liefen« rangierten. Diese Rechtsaußenliste, wo auch einige HDZ-Dissidenten aktiv sind, verfehlte nur knapp ein Mandat. Ebenfalls ohne Parlamentssitz blieben diesmal die *Laburisti*, deren Spitzenleute aus der Gewerkschaftsbewegung kommen. Nachdem sie 2013 einen Kandidaten durchbrachten, erreichten sie diesmal nur 3,4 Prozent der Stimmen (-2,4 Prozent). Bei der letzten Europawahl waren sie für Protestwähler die einzige Option, doch nun gibt es ORAH.

Als Geheimtipp wurde in den Umfragen bis kurz vor der Wahl das wirtschaftsliberale *Nacionalni Forum* gehandelt, das auf Unzufriedene aus dem HDZ-Lager und der bürgerlichen Mitte setzte, jedoch nur 2,4 Prozent der Stimmen bekam. In der Gruppe der Anderen werden weitere neunzehn Listen geführt, die zusammen 6,6 Prozent der Stimmen erhielten.

Insgesamt zeigen die Europawahlen eine Verschiebung der politischen Gewichte nach rechts. Der Rechten ist es durch Allianzen gelungen, dem Prozess der Zerfaserung und Zersplitterung entgegenzuwirken, und sie hat Wählerstimmen hinzugewonnen. Die HDZ geht gestärkt aus den Wahlen hervor, ihr Kalkül ist aufgegangen. Die Regierungskoalition hat eine klare Niederlage erlitten. War sie bislang angeschlagen, so ist sie nun angezählt.

Die nordischen EU-Mitgliedsländer

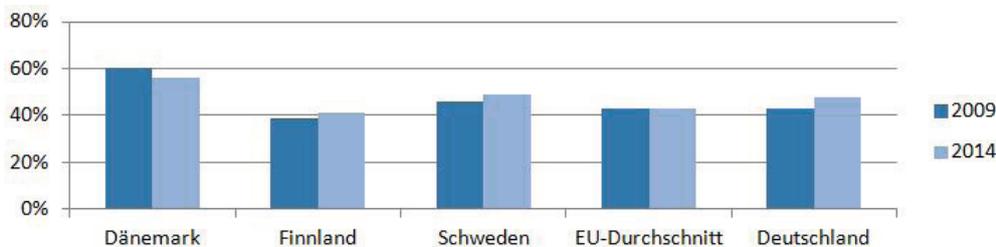
Gero Maas

- Für die Sozialdemokraten zeichnet sich ein gemischtes Bild ab: In Schweden sind sie mit Abstand größte Partei und nehmen (zusammen mit den Grünen und der Linkspartei) bei den Reichstagswahlen im September Kurs auf einen Regierungswechsel. In Dänemark kamen die regierenden Sozialdemokraten mit einem blauen Auge davon. In Finnland darf man anfangen, sich Sorgen zu machen – dort sind sie nur noch vierte Kraft.
- Zur Abwechslung liegen die nordischen EU-Mitglieder einmal im europäischen Mainstream – leider nur was das starke Abschneiden der rechtspopulistischen Parteien angeht. In Dänemark avancierte die *Dänische Volkspartei* sogar zur führenden politischen Kraft. Zweifelhaft bleibt, ob sie mit der *Front National* wirklich eine Fraktionsgemeinschaft begründen werden.
- Die Dänen, Finnen und die Schweden sind traditionell eher europaskeptische Völker, europapolitische Zurückhaltung ist nicht nur eine Domäne der Rechtspopulisten.

Umso mehr sticht Schweden hervor, wo trotz der nahenden Reichstagswahlen mehr Europadebatten stattfanden als in der Vergangenheit. Trotz der immer wieder behaupteten gebremsten Europaaufgeschlossenheit liegt die Wahlbeteiligung nicht nur im EU-Durchschnitt, sondern teilweise sogar deutlich höher.

- Aus deutscher Sicht lohnt sich im Sinne eines 1 + 3 + 1 ein verstärkter europapolitischer Dialog mit den *nordics* (unter Einschluß von Norwegen), liegen doch Europas Zukunftsherausforderungen vor allem in der demokratischen Legitimation, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit (*Europa 2020*) und einer veritablen sozialen Dimension. Die europapolitischen Kompetenzen ihrer nationalen Parlamente sowie die Verbindung von ökonomischer Innovations- und sozialpolitischer Leistungsfähigkeit des nordischen Weges bieten den politischen Kräften der sozialen Demokratie und den Gewerkschaften in Deutschland erfolgversprechende Ansatzpunkte für einen Dialog.

Wahlbeteiligung – Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 und 2014¹



1. Auf Grundlage von <http://www.results-elections2014.eu/en/turnout.html> (26.5.14)

Dänemark

Ein traditionell eher europaskeptisches Land legt noch einen drauf

Gero Maas

Über 56 Prozent aller Stimmberechtigten haben in Dänemark ihre Stimmen in den Europaparlamentwahlen abgegeben – mehr als im EU-Durchschnitt und mehr als in Deutschland. Davon hat mehr als jeder vierte Wähler für die *Dänische Volkspartei*, mit ihrem populären Spitzenkandidaten Morten Messerschmidt, gestimmt. Die Rechtspopulisten sind damit die großen Gewinner des Urnengangs und haben sich auch in Konkurrenz zur liberalen *Venstre* als führende Oppositionspartei mit Blick auf die nationalen Parlamentswahlen im September nächsten Jahres positioniert.

Die dänische Debatte im Zuge des Europawahlkampfes war eher national geprägt. Im Vordergrund standen dabei das *Social Dumping* und der Wohlfahrtsstaatstourismus: Welche Rechte und Sozialleistungen sollen den Arbeitsmigranten aus den anderen EU-Mitgliedsstaaten in Dänemark zugesprochen werden. Eine Reihe von Mitnahmeeffekten hatte die Diskussion darüber angeheizt, wie die Dänen im Zeichen der Freizügigkeit in der EU ihr Wohlfahrtsstaatsmodell in Zukunft in Europa noch aufrechterhalten können. Andererseits: Zusätzlich zu den Europawahlen haben sich die Dänen am Sonntag bei einer Volksabstimmung klar für ein europäisches Patentgericht entschieden.

Die liberale *Venstre* hat an Stimmen verloren und wie die Sozialdemokraten ein Mandat eingebüßt. Die wiederholten Affären des Vorsitzenden der *Venstre*, Lars Løkke Rasmussen, hatte für negative Schlagzeilen gesorgt. Für die Sozialdemokraten gleicht das Ergebnis einem blauen Auge. Seit 2011 führt die sozialdemokratische Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt eine schwierige Koalition:

- Hauptpartner ist die sozialliberale *Venstre*, die in der Vergangenheit in Dänemark schon mit der SDP wie der konservativ-liberalen *Venstre* regiert hat.
- Die grün-sozialistische SF hatte die Koalition aus Protest gegen die Privatisierungspolitik erst vor drei Monaten verlassen.
- Im Parlament weiterhin unterstützt wird die sozialliberale Minderheitsregierung von der rot-grünen Einheitsliste, die bei den EP-Wahlen indes mit weiteren kleineren politischen Strömungen als europaablehnende Volksbewegung gegen die EU antrat.
- Zudem interessant: *Radikale Venstre* wie *Venstre* arbeiten im EP in der liberalen ALDE-Fraktion zusammen.

Vorläufige Wahlergebnisse Dänemarks²

Partei	Fraktion im EP	Prozent	Prozent +/-	Sitze	Sitze +/-
Dänische Volkspartei (DF)	nicht festgelegt	26,7	+11,4	4	+2
Sozialdemokraten (SDP)	S&D	19,1	-2,4	3	-1
Venstre (liberal, V)	ALDE	16,7	-3,5	2	-1
Sozialistische Volkspartei (SF)	Grüne/EFA	10,9	-4,0	1	-1
Konservative Volkspartei (KF)	EVP	9,2	-3,5	1	
Volksbewegung gegen die EU	GUE/NGL	8,1	+0,9	1	
Radikale Venstre (sozialliberal)	ALDE	6,5	+2,2	1	+1

2. Auf Grundlage von <http://www.dst.dk/valg/Valg1191212/valgopg/valgopgHL.htm> und <http://www.dst.dk/valg/Valg1475795/valgopg/valgopgHL.htm> (26.5.14)

Finnland

Sozialdemokraten weiter im Abwärtstrend

Gero Maas

Die Sozialdemokratische Partei Finnlands (*Suomen Sosialidemokraattinen Puolue*, SDP) ist eine der drei traditionsreichen Volksparteien in Finnland, erhielt aber bei der Parlamentswahl 2011 mit 19,1 Prozent der Stimmen das schlechteste Ergebnis seit der Gründung der Republik im Jahr 1907 und hat so ihren Führungsanspruch verloren. Sie sind Teil der seitdem regierenden Sechs-Parteien-Koalition und stellen mit Jutta Urpilainen, die von 2008 bis vor kurzem auch Vorsitzende der Partei war, die Finanzministerin. Im Zeichen der anhaltenden schlechten Umfrageergebnisse (15,5 Prozent mit Blick auf die Reichstagswahlen im April 2015) hatte die innerparteiliche Kritik in jüngster Zeit so zugenommen, dass Urpilainen auf dem Parteitag Anfang Mai ihrem Herausforderer Antti Rinne knapp unterlag. Dieser Ruck nach links hat der Partei für die Europawahlen indes keinen Sympathieschub verliehen. Ihre 12,3 Prozent sind für Rinne »ein Schlag ins Gesicht«. 2009 waren es noch 17,5 Prozent gewesen. Sie sind jetzt nur noch viertstärkste Kraft im Lande – hinter den rechtspopulistischen *Wahren Finnen*. Trotzdem konnte die Partei ihre bisherigen zwei Sitze (von den insgesamt 13 Sitzen für Finnland im EP) verteidigen. Bleibt abzuwarten, ob der ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende Rinne bis April das Ruder herumzureißen vermag.

Zudem sind vorgezogene Neuwahlen nicht auszuschließen. Die Nationale Sammlungspartei (*Kookemos*) stellt den amtierenden Ministerpräsidenten und sucht ebenfalls einen neuen Vorsitzenden (der dann auch das Regierungsamt übernehmen würde). Europaminister

Alexander Stubbe hat sich mit seinem starken Europawahlergebnis dafür erfolgsversprechend in Szene gesetzt. Mit Abstand hat er die meisten Stimmen im Land auf sich vereinigen können und damit seine *Kokkomos* mit 22,6 Prozent zum Wahlsieger gemacht. Auch der bisherige EU-Kommissar Olli Rehn wird auf dem Ticket der republikanisch-bürgerlichen *Zentrumspartei* (19,3 Prozent) ins EP einziehen. Die rechtspopulistische Welle in Europa hat auch den *Wahren Finnen* einen Sitz mehr beschert (12,9 Prozent) – insgeheim hatten sie sich jedoch sogar noch mehr versprochen. Unklar bleibt, welcher europäischen Parteifamilie sie sich anschließen werden.

Insgesamt haben die EP-Wahlen keine besonders hohen Wellen geschlagen. Die Wahlbeteiligung lag bei stabilen 40,9 Prozent (zuvor 40,3). Finnlands führende Tageszeitung *Hesingin Sanomat* unterzog die neuen Mitglieder des Europäischen Parlaments (6 Männer und 7 Frauen) einer Blitzeinschätzung:

- Alle wollen mehr europäisches Engagement in Klima- und Energiefragen;
- über drei Viertel stehen der EU und dem EURO positiv gegenüber;
- nur die Hälfte würde einem Türkeibeitritt zustimmen;
- fast die Hälfte würde neue Hilfen für Griechenland ablehnen.

Vorläufige Wahlergebnisse Finnlands (ausgewählte Parteien)³

Partei	Fraktion im EP	Prozent	Prozent +/-	Sitze	Sitze +/-
Zentrumspartei (KESK)	ALDE	19,7	+0,7	3	
Nationale Sammlungspartei (KOK)	EVP	22,6	-0,6	3	
Basisfinnen (PS)	nicht festgelegt	12,9	+3,1	2	+1
Sozialdemokraten (SDP)	S&D	12,3	-5,2	2	
Der Grüne Bund (VIHR)	Grüne/EFA	9,3	-3,1	1	-1
Linksbündnis (VAS)	nicht festgelegt	9,3	+3,4	1	+1

3. Auf Grundlage von https://www.stat.fi/til/euvaa/2014/euvaa_2014-05-26_tie_001_en.html (26.5.14)

Schweden

Schwedens Sozialdemokraten auf Regierungskurs

Gero Maas

Drei Ergebnisse der Wahl sind besonders bemerkenswert:

- Das schlechte Abschneiden der konservativen Moderaten von Regierungschef Fredrik Reinfeld, die, hinter Sozialdemokraten und grüner Partei, mit 13,6 Prozent nur zur drittstärksten Kraft Schwedens wurden;
- der endgültige Durchbruch für die rechtspopulistische und fremdenfeindliche Partei der »Schwedendemokraten«;
- sowie das starke Ergebnis der noch jungen feministischen Partei FI (*Feministiskt Initiativ*), die im Jahr 2006 von der ehemaligen Parteivorsitzenden der Linkspartei und einer der stärksten Rhetorikerinnen im Lande, Gudrun Schyman, gegründet wurde.

Dass die Sozialdemokraten mit 24,4 Prozent (ein Verlust von 0,2 Prozent im Vergleich zu 2009) als erste durch das Ziel gingen, ist für sie ein zufriedenstellendes aber keineswegs überragendes Ergebnis. Dennoch können sie es als Bestätigung auf dem Weg zum Regierungswechsel im September werten. Klarer Wahlgewinner sind hin-

gegen die Grünen (MP), die mit 15,3 Prozent nicht nur kräftig an Stimmen zugelegt, sondern auch noch die konservative Regierungspartei *Moderaterna* hinter sich gelassen haben – ein Erfolg, der auf ihre klare Positionierung in Fragen zu Umwelt und Klima (Themen, die von der Bevölkerung als sehr wichtig eingestuft wurden) sowie auf die persönliche Durchschlagskraft ihrer beiden Spitzenkandidaten zurückzuführen ist. Gemeinsam mit der Linken und der FI kommen die Parteien des Mittel-links-Spektrums auf 51,3 Prozent gegenüber 35 Prozent für die bürgerliche Regierungsalianz.

Ob Lohn-Dumping, die Arbeitnehmerfreizügigkeit oder der Klima-Schutz: Wichtige Fragen, die auf Europa-Ebene diskutiert und beantwortet werden müssen, haben im diesjährigen Europawahlkampf auch tatsächlich eine entscheidende Rolle gespielt. Man hat die alte Debatte über Ja oder Nein zu Europa überwunden und sich auf Inhalte konzentriert. Eine Personalisierung des Wahlkampfes auf die Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten hat indes kaum stattgefunden. Nur drei der Kandidaten (Martin Schulz, Guy Verhofstadt und Ska Keller) haben Schweden überhaupt besucht.

Vorläufige Wahlergebnisse Schwedens (ausgewählte Parteien)⁴

Nationale Partei	Fraktion im EP	Prozent	Prozent +/-	Sitze	Sitze +/-
Sozialdemokraten (SAP)	S&D	24,4	-0,2	6	
Grüne (Miljöpartiet, MP)	Grüne/EFA	15,3	+4,3	3	+1
Moderaten (Moderaterna)	EVP	13,6	-5,2	3	-1
Volkspartei (FP)	ALDE	10,0	-3,6	2	-1
Swedendemokraten (SD)	Fraktionslos	9,7	+6,4	2	+2
Linke (V)	GUE/NGL	6,3	+0,6	1	
Feministische Initiative (FI)	Nicht festgelegt	5,3	+3,1	1	+1

4. Auf Grundlage von <http://www.val.se/val/ep2009/slutresultat/riike/index.html> und <http://www.val.se/val/ep2014/valnatt/E/riike/index.html> (26.5.14)

Polen

Krise in der Ukraine bescherte den Wahlsieg

Knut Dethlefsen

Ein sonniger Wahlsonntag ging mit 23,83 Prozent Wahlbeteiligung zu Ende und fast alle Parteien waren mit ihren Ergebnissen zufrieden. Und doch war die Europawahl in Polen am 25. Mai 2014 eine Wahl ohne eindeutigen Sieger. Die beiden großen konservativen Parteien dominieren ganz klar die polnische Politik und lassen wenig Raum für Neues. Die Folge ist ein Patt zwischen der liberal-konservativen *Bürgerplattform* (PO) des strahlenden polnischen Premierministers Donald Tusk und der konservativ-nationalen Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) des ewigen Agitators Jarosław Kaczyński. Die PO lag in diesem Wahlduell zwar mit 32,13 Prozent der Stimmen letztendlich hauchdünn vor der PiS mit 31,78 Prozent, doch beide Parteien werden jeweils 19 der insgesamt 51 polnischen Abgeordneten im Europäischen Parlament stellen.

Die Krise in der Ukraine, der starke Premierminister und der Endspurt im Wahlkampf haben der Regierungspartei letztlich den Sieg beschert. Der Staatsmann Tusk, der für Polens Sicherheit und Zukunft in der Europäischen Union sorgt, war das Gesicht und die Botschaft des Wahlkampfes. Noch zu Jahresbeginn befand sich die Partei in einer Krise und belegte bei den meisten Umfragen nur Platz zwei. Die öffentliche Kritik an der PO richtete sich dabei gegen die zu pragmatische, rein am Machterhalt orientierte Politik der Partei. Eine einheitliche gesellschaftspolitische Ausrichtung oder gar ein längerfristiges politisches Projekt kristallisierte sich aus dem Regierungshandeln nicht heraus. Verstärkt wurde der negative Eindruck durch Vorkommnisse, die auf Nepotismus in der Partei hinwiesen. So war auch das Image der PO als einer zwar ideologiefreien, dafür aber immerhin korruptionsresistenten Partei schwer beschädigt.

Doch in der Ukraine-Krise konnte Tusk sich überzeugend als Staatsmann präsentieren und die Regierung zeigen, dass Polen eine wichtige Rolle in der Europäischen Union spielt, während die größte Oppositionspartei PiS keine überzeugenden Antworten auf die Sorgen der Polinnen und Polen anzubieten hatte und auch weiterhin nicht hat. So ist es der PiS nicht gelungen, aus der relativen Unbeliebtheit der Regierung Profit zu schlagen.

Weit abgeschlagen bleibt der *Bund der Demokratischen Linken* (SLD), der nur knapp 10 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Somit wird Polen in der Fraktion der Demokraten und Sozialisten im EP nur noch fünf statt wie bisher sieben Mitglieder stellen. Trotz alledem konnte der SLD sich als drittstärkste politische Kraft in Polen feiern. Aber die Schwäche des SLD ist dennoch offensichtlich: Konnte die Partei 2009 noch 908.000 Stimmen auf sich vereinen, waren es am vergangenen Sonntag nur noch 667.000. Letztendlich hat die Partei kein überzeugendes personelles und programmatisches Angebot für die Zukunft des Landes und kann sich auch nicht von der eigenen Vergangenheit befreien, da ein kritischer historischer Diskurs nicht vorhanden ist.

Die neue progressive *Allianz Europa Plus/Deine Bewegung* scheiterte hingegen klar an der Fünf-Prozent-Hürde, obwohl sie viele interessante Kandidatinnen und Kandidaten zu bieten hatte. Offensichtlich hatte auch die Unterstützung durch Polens ehemaligen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski nicht geholfen. Damit ist dieses relativ neue politische Projekt vermutlich endgültig gescheitert. Das progressive Lager in Polen bleibt damit insgesamt schwach, zerrissen und letztendlich auch zu sehr mit sich selbst beschäftigt.

Zwei weitere Parteien konnten jeweils vier Mandate erringen: Zum einen kam die altbekannte *Polnische Volkspartei* (PSL), die zusammen mit der *Bürgerplattform* sowohl Teil der Regierung als auch der EVP ist, mit ihren ländlichen Netzwerken wie immer gut über die Runden. Andererseits setzte sich überraschend und erschreckend zugleich am rechten Rand eine antieuropäische Partei unter der Führung des politischen Rattenfängers Janusz Korwin-Mikke durch. Seine Partei, der *Kongress der neuen Rechten* (KNP), zieht das erste Mal ins Europäische Parlament ein, freilich mit dem Ziel das Abgeordnetenhaus und auch die Europäische Union als Ganzes abzuschaffen. Ideologisch ist der professionelle Bridge-Spieler Korwin-Mikke eine radikale Version der amerikanischen *Tea-Party*-Bewegung und wird fast ausschließlich von jungen Männern unter 30 unterstützt. Ob das aber reicht, um den KNP politisch zu etablieren, ist ungewiss.



Aleksander Kwaśniewski kommentierte das relativ gute Ergebnis treffend lakonisch: »Eruptionen des politischen Radikalismus habe es im Polen der Transformation bereits öfter gegeben.«

Es bleibt also fast alles beim Alten. Die Polinnen und Polen finden die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union richtig und wohl auch wichtig. Die Europawahlen allerdings interessieren die Wenigsten. Warum das so ist, kann eigentlich niemand wirklich erklären. Offensichtlich finden diese Wahlen fern der Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger statt. Anscheinend ist das Vertrauen in die polnische Politik so gering, dass die meisten es vorziehen, nicht zu entscheiden, wer für Polen nach Brüssel bzw. Straßburg geht. Und die Parteien selbst nutzten die Europawahlen vor allem, um sich für

die politischen Auseinandersetzungen im eigenen Land in Stellung zu bringen.

So kann sich das Regierungslager zu Recht bestätigt fühlen. Aber auch die große Oppositionspartei PiS kann das erste Mal seit 2005 so etwas wie ein Siegesgefühl haben – schließlich haben sie die Regierung im Wahlkampf beinahe bezwungen. Und der SLD hofft Teil der nächsten Regierung zu werden, da es vielleicht bei der Parlamentswahl 2015 nicht für die PO und PSL alleine reicht und der Linksbund dann für die Regierungskoalition gebraucht würde. Doch letztendlich taugt die Europawahl nicht als politischer Gradmesser in Polen, da zu wenige Bürgerinnen und Bürger sich daran beteiligen und auch niemand ernsthaft etwas daran ändern will.



Portugal

Magerer Etappensieg für die Sozialisten und gelbe Karte für Merkmals Euro-Kurs

Reinhard Naumann

Wie erwartet: Abstrafung der Regierung und Achtungssieg der Sozialisten

Bei den Europawahlen am 25. Mai 2014 erlitten die rechten Regierungsparteien PSD und CDS-PP eine schwere Niederlage; zugleich konnten die Sozialisten einen wichtigen, wenn auch mageren Etappensieg auf dem Weg zur Rückeroberung der Regierungsmacht verbuchen.

Vorläufiges Endergebnis 2014

PARTEI	Stimmen- anteile	Sitze
PS (Sozialisten)	31,5%	8
Wahlbündnis PSD (Liberalkonservative) und CDS-PP (Konservative)	27,7%	7
CDU (Kommunisten)	12,7%	3
MPT (Konservativ-Ökologisch)	7,2%	2
BE (Linksblock)	4,6%	1
Wahlbeteiligung	33,9%	

Die Dimension der Niederlage der regierenden Koalition wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass die PSD alleine 2011 bei den nationalen Parlamentswahlen 38,7 Prozent erhalten hatte, also 11 Prozentpunkte mehr als jetzt im Bündnis mit dem Koalitionspartner CDS-PP. Gemeinsam hatten PSD und CDS-PP 2011 noch 50,5 Prozent geholt. Die 27,7 Prozent der regierenden Koalition sind somit ein schmerzhaftes Misstrauensvotum der Wählerinnen und Wähler.

Das schlechte Abschneiden der Regierungsparteien entspricht den Erwartungen der meisten Beobachter. Die Wählerinnen und Wähler sehen zwar die Rolle der PS als Regierungspartei von 2005 bis 2011 sehr kritisch, folgen aber nicht dem Diskurs der jetzigen Regierung, welche die Sozialisten für nahezu alle Härten der von ihr selbst seit 2011 ergriffenen Maßnahmen verantwortlich machen will.

Gegen die falsche Krisenpolitik der portugiesischen Regierung und der EU

Das von der Troika (Weltwährungsfonds, EZB und EU-Kommission) verordnete Anpassungsprogramm hat die Wirtschaftskrise in Portugal verschärft und die Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhen getrieben. Durch drastische Sparmaßnahmen, die mit erheblichen Einkommensverlusten breiter Bevölkerungsschichten verbunden waren, konnte zwar die Neuverschuldung ansatzweise unter Kontrolle gebracht werden, aber für den Abbau der enormen Gesamtverschuldung bietet die wachstumsfeindliche Austeritätspolitik keine Lösung. Die im Herbst 2013 erkennbar gewordenen Anzeichen für eine zaghafte wirtschaftliche Erholung und der im Mai 2014 erfolgte Abschluss des dreijährigen Anpassungsprogramms hatten kurzzeitig die Hoffnungen auf einen Aufschwung aufkommen lassen, aber die neuesten Wirtschaftsdaten haben diese Wunschvorstellungen zerschlagen. Den Wählerinnen und Wählern war 2011 von der Troika und den jetzigen Regierungsparteien eine kürzere und mildere Krise sowie ein schnelleres Überwinden der Finanzprobleme versprochen worden. Die Nichteinhaltung dieses Versprechens und die nach wie vor schlechte Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in Portugal waren sicherlich die entscheidenden Themen bei den EP-Wahlen 2014.

Die PS im Aufwind

Das Europawahlergebnis der PS bleibt zwar erheblich hinter den Erwartungen zurück – die Umfragen sahen die Partei bei 36 Prozent –, stellt aber trotzdem einen wichtigen Etappensieg auf dem Rückweg in die Regierungsverantwortung dar. Die von der PS erreichten 31,5 Prozent würden zwar nicht für eine alleinige Regierungsbildung, wohl aber für die Führungsrolle in einer großen Koalition mit der PSD reichen. Angesichts des stark erschütterten Vertrauens der Wählerinnen und Wähler in die etablierten Parteien insgesamt, kann der seit 2011 amtierende

Generalsekretär der PS, António José Seguro, das Ergebnis mit gutem Recht als Erfolg verkaufen. Seguro festigt seine innerparteiliche Position und bringt sich mit knapp 4 Prozentpunkten Vorsprung vor dem Regierungslager in die *pole position* für die im Sommer/Herbst 2015 zu erwartenden nationalen Parlamentswahlen. Es ist dem PS-Chef mit seiner Strategie der stetigen aber gemäßigten Kritik an der Regierungspolitik und der punktuellen Zusammenarbeit gelungen, sich mit wachsendem Erfolg als Alternative zum amtierenden Premierminister Pedro Passos Coelho darzustellen.

Seguros Führungsanspruch ist jedoch nicht unangefochten, denn die Europawahl wird zum Startschuss für einen parteiinternen Machtkampf. Der Bürgermeister von Lissabon, António Costa, hatte am Wahlabend seine Enttäuschung über den mageren Sieg der Sozialisten geäußert. Costa wurde in den vergangenen Jahren stets als möglicher und aussichtsreicher Herausforderer von António José Seguro gehandelt, hatte aber zwei entscheidende Gelegenheiten zur Kandidatur (2011 und 2013) nicht wahrgenommen und schien damit den Zug verpasst zu haben. Zwei Tage nach der Europawahl kündigte er nun seine Entscheidung an, den aktuellen PS-Generalsekretär ablösen zu wollen. Im Unterschied zum amtierenden PS-Chef kann António Costa auf drei von ihm selbst errungene Wahlsiege (Bürgermeister von Lissabon 2007, 2009 und 2013) sowie mehrere hochrangige Ministerämter (Inneres, Justiz) in seiner politischen Laufbahn verweisen.

Bewegung an den Rändern des politischen Spektrums

Bei den Europawahlen 2009 war die große Unzufriedenheit der PS-Wähler mit ihrer regierenden Partei (PS) vor allem dem linksalternativen BE zugutegekommen. 2014 sind es nun die orthodoxen Kommunisten, die mit beachtlichen 12,7 Prozent einen großen Erfolg erringen konnten. Ein wesentlicher Grund für diesen Erfolg ist die Kontrolle der KP über den größten Gewerkschaftsdachverband CGTP, der immer mehr als Transmissionsriemen der Partei fungiert. Wegen des schlechten Abschneidens des BE nimmt die radikale Linke insgesamt leicht ab.

Die große Überraschung dieser Wahl erfolgt bei der Rechten. Der seit Jahrzehnten existierenden und bislang weitgehend bedeutungslosen Kleinpartei MPT (*Partei der Erde*) gelang mit ihrem Spitzenkandidaten Marinho Pinto erstmals der Einzug ins Europaparlament. Die MPT an sich steht nicht für Radikalität, aber Pinto ist ein knallharter Populist, der gerne bombastische Erklärungen abgibt und nicht für seinen verantwortungsvollen Umgang mit politischen Inhalten bekannt ist. Mit Marinho Pinto kommt ein Stück Unberechenbarkeit in das ansonsten weiterhin stabile Parteiensystem Portugals.

Rumänien

Wahlsieg der Sozialdemokraten – Testlauf für die Präsidentschaftswahlen

Matthias Jobelius, Cristian Chiscop

Die Europawahlen galten allen politischen Parteien in Rumänien als Testlauf für die Präsidentschaftswahlen im November. In Rumänien ging es am 25. Mai 2014 daher weniger um die EU, als um die Frage, wer Chancen hat, die Nachfolge von Staatpräsident Traian Băsescu anzutreten. Das Abschneiden der einzelnen Parteien bei der Europawahl hat nun Einfluss auf die Überlegungen, mit welchen Kandidaten und Parteibündnissen die Auseinandersetzung um das Präsidentschaftamt geführt werden wird.

Wie seit Wochen in den Umfragen vorausgesagt, hat die *Sozialdemokratische Partei* (PSD) die Europawahlen klar für sich entschieden. Das PSD-geführte Parteienbündnis *Sozialdemokratische Union* (USD), bestehend aus PSD und den beiden kleinen Klientelparteien UNPR und PC kam auf 37,6 Prozent der Stimmen und stellt damit die Hälfte der 32 rumänischen Sitze im EP. Allerdings kam die PSD damit nicht auf einen Wert jenseits der 40-Prozent-Marke, die zu überspringen zumindest inoffiziell als ein Ziel der Partei galt. Mit diesem Ergebnis können die Sozialdemokraten dennoch an ihre Wahlerfolge bei den letzten Parlaments- und Kommunalwahlen anknüpfen und optimistisch in die anstehenden Präsidentschaftswahlen gehen – möglicherweise mit Premierminister Victor Ponta als Kandidaten.

Konservatives Lager zerstritten

Das oppositionelle konservative Lager leistete ihnen unfreiwillige Wahlkampfhilfe, indem es zerstritten und zersplittert in die Europawahl ging. Mit den *Liberaldemokraten* (PDL), der *Volkbewegung* (PMP), dem *Ungarnverband* (UDMR), der *Nationalen Christdemokratischen Bauernpartei* (PNTCD) und der *Forta Civica* (FC) konkurrierten gleich fünf Parteien aus dem konservativen Spektrum um Wählerstimmen. Besondere Beachtung fand vor allem das Abschneiden der beiden Rivalen PDL und PMP. Die PMP wurde nach der deutlichen Wahlniederlage der PDL bei den letzten Parlamentswahlen gegründet und hat viele ehemalige PDL-Funktionäre aufgenommen. Auch Präsident Băsescu hat sich von der PDL abgewandt und unterstützt inzwischen offen die

PMP. Bei den Europawahlen kam die *Volkbewegung* aus dem Stand auf 6,21 Prozent. Damit ist sie eine politische Größe, kann aber keinen Führungsanspruch im konservativen Lager anmelden. Die PDL landete bei 12,23 Prozent. Gegenüber den Europawahlen 2009 verlor sie über 17 Prozentpunkte und büßt die Hälfte ihrer Mandate im Europaparlament ein. Nachdem die PDL bereits bei den letzten Parlaments- und Kommunalwahlen massiv an Zustimmung verloren hatte, zeigen die Europawahlen erneut, dass es der ehemaligen Regierungspartei nicht gelingt, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. *Forta Civica* und PNTCD scheiterten beide an der Fünf-Prozent-Hürde. Dem *Ungarnverband* (UDMR) gelang es – auch dank eines Unterstützungsabkommens mit der FIDESZ von Viktor Orbán aus dem benachbarten Ungarn –, sich die Unterstützung der ungarischen Minderheit in Rumänien zu sichern. Der UDMR kam auf 6,3 Prozent und zieht mit zwei Mandaten wieder ins Europäische Parlament ein. Insgesamt dürfte dem konservativen Lager klar sein, dass es in der jetzigen Konstellation keine Chance bei den Präsidentschaftswahlen haben wird. Hier sind Fusionen oder zumindest Wahlallianzen zu erwarten.

Niederlage der Nationalliberalen (PNL)

Die nationalliberale PNL musste im Vorfeld der Wahlen einen schwierigen Wechsel vollziehen. Zu Beginn des Jahres war sie noch Regierungspartei und enger Verbündeter von Premierminister Ponta im Rahmen der sozialliberalen Regierungskoalition USL. Doch im Februar zerbrach die USL an Personalquerelen und die PNL wechselte in die Opposition. Von dort bekämpfte die PNL bei den Europawahlen ebenjene Parteien und Personen, mit denen sie kurz zuvor noch verbündet war.

Damit hatte sie keinen Erfolg. Bei den Europawahlen kam die PNL auf 15 Prozent. Sie wurde damit zweitstärkste Kraft, blieb aber deutlich hinter den selbstgesteckten Zielen zurück. Crin Antonescu, Parteichef der PNL, hatte schon während des Wahlkampfes seinen Rücktritt angekündigt, sollte die Partei weniger als 20 Prozent der

Stimmen bekommen. Das jetzige Ergebnis ist nicht nur ein Dämpfer für ihn, sondern auch für seinen populären Stellvertreter, Klaus Johannis, der im Februar 2013 der PNL beigetreten war und sich erstmals in einer Wahlkampagne für die Partei engagierte. Beide, Antonescu und Johannis, traten einen Tag nach der Wahl zunächst von ihren Parteiämtern zurück. Zugleich kündigte Antonescu an, sich für einen Wechsel der PNL-Europaabgeordneten von der liberalen ALDE-Fraktion zur konservativen EVP stark machen zu wollen. Über die neue Parteispitze und den Übertritt zur EVP soll ein Sonderparteitag im Juni befinden. Mit diesem Wechsel der Parteifamilie wäre der Weg frei für die Unterstützung der konservativen Parteien für einen Präsidentschaftskandidaten der PNL. Als möglicher Kandidat und Gegenspieler Victor Pontas gilt dabei vor allem Klaus Johannis.

Keine Rechtsextremen, aber viel nationaler Pathos

Entgegen dem Trend in Europa bekamen rechtsextreme Parteien bei dieser Wahl in Rumänien keine nennenswerte Unterstützung. Bei den Europawahlen 2009 hatte die extrem rechte *Großrumänien-Partei* (PRM) noch 8,65 Prozent der Stimmen erhalten. Am 25. Mai 2014 kam sie nur noch auf 2,7 Prozent und scheiterte damit deutlich an der in Rumänien geltenden Fünf-Prozent-Hürde.

An einschlägigen nationalen Parolen mangelte es aber dennoch nicht. Die Regierungskoalition warb landesweit mit dem Slogan »Stolz, Rumänen zu sein« und versprach auf ihren Wahlkampfplakaten, nur »Personen nach Brüssel zu schicken«, die »Rumänen« sind und »Rumänien verteidigen«. Die konservative Opposition stand dem mit Losungen wie »Wir heben Rumänien empor« (PMP) oder »Wir verteidigen dein Rumänien« (PNTCD) nur wenig nach. So viel nationaler Pathos sollte aber in Westeuropa nicht für Verwunderung sorgen – er ist teilweise eine Reaktion auf die populistischen Attacken gegen angebliche rumänische »Armutsfüchtlinge« und »Sozialtouristen« durch Konservative und Rechtspopulisten in Deutschland, Großbritannien und anderen EU-Staaten vor und während des Europawahlkampfes. Darüber hinaus helfen solche Slogans, Defizite in der europapolitischen Programmatik zu verdecken. Politische Debatten über den Kurs der EU gab es während des Wahlkampfes in Rumänien nur wenige. Es dominierten persönliche Auseinandersetzungen und machtpolitische Spielchen. Die Mehrheit der Bevölkerung interessierte das nur mäßig. 32,44 Prozent der Wahlberechtigten gingen an die Urnen, womit Rumänien allerdings, wie schon bei den Kommunalwahlen 2012, eine steigende Wahlbeteiligung vermelden kann. Bei den Europawahlen 2009 lag diese noch bei 27,67 Prozent.

Slowakei

Abrechnung mit der Regierungspartei

Zuzana Strapata

Die Wahlen zum Europaparlament fanden in der Slowakei nur zwei Monate nach der Direktwahl des Staatspräsidenten statt, aus welcher der unabhängige Kandidat und Millionär Andrej Kiska gegen den amtierenden Ministerpräsidenten Robert Fico der sozialdemokratischen SMER-SD als Sieger hervorgegangen war. Erst im März 2013 war die SMER-SD mit weit über 40 Prozent als Siegerin aus den Parlamentswahlen hervorgegangen und regiert mit absoluter Mehrheit ohne Koalitionspartner in der Slowakei.

Die 13 slowakischen Sitze im Europaparlament müssen sich acht Parteien teilen, die am Wochenende die Fünf-Prozent-Hürde genommen haben. Mit 24,09 Prozent und vier Sitzen (2009 noch sieben Sitze) erreichte die SMER-SD das mit Abstand beste Ergebnis, blieb aber vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Parlamentswahlen deutlich unter der Zielstellung – und gilt als der eigentliche Wahlverlierer. Erst mit größerem Abstand folgt die *Christlich-Demokratische Bewegung* (13,21 Prozent = 2 Sitze). Die dann folgenden fünf Parteien liegen alle im Korridor zwischen 6 und 8 Prozent.

Die Slowakei hat am Wochenende in der EU eine unrühmliche Geschichte geschrieben: Mit nur 13 Prozent Wahlbeteiligung hat sie die historisch niedrigste Wahlbeteiligung hervorgebracht, die es jemals in der Geschichte der EU gab. Die Gründe dafür sind vielfältig: Einerseits waren und sind die Slowakinnen und Slowaken nach dem seit März 2013 anhaltenden Wahlmarathon in der Slowakei (Parlaments-, Kommunal-, Regional- und Präsi-

dentschaftswahlen) einfach nur wahlmüde. Fünf Wahlen innerhalb von zwei Jahren waren offenbar des Guten zuviel. Andererseits war die Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler durch die Parteien nicht gelungen. Eine Wahl, bei der Parteien und nicht Persönlichkeiten im Mittelpunkt stehen, hat kaum Interesse in der Slowakei geweckt. Und drittens zeigt die neuerliche Abstimmung mit den Füßen auf, dass die Slowakinnen und Slowaken offenbar jegliches Vertrauen in den Einfluss des EP auf wichtige, die Menschen bewegende Beschlüsse in der EU verloren haben. Eine Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler war somit kaum möglich.

Analyse der Wahlergebnisse

Wichtig ist: Die nationalistisch-populistische Partei SNS und die – mittlerweile nicht mehr existierende – HZDS sind an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Die vor Jahresfrist noch als unbesiegbar geltenden Sozialdemokraten der SMER-SD haben nach der empfindlichen Niederlage ihres Premierministers bei den Präsidentschaftswahlen im März nun innerhalb kürzester Zeit die zweite empfindliche Niederlage einstecken müssen. Nur noch vier Sitze im Europäischen Parlament entsprechen nicht annähernd dem Anspruch der SMER-SD. Insofern sind die enormen Verluste auch eine Abrechnung mit der ersten Hälfte der Regierungsperiode der alleinregierenden SMER-SD. Gerade die Sozialdemokraten haben momentan offenbar große Probleme, ihre Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren.

Sitze	Stimmen	%	
Smer – Sozialdemokratie	135.089	24,09	4
Christlich-Demokratischen Bewegung	74.108	13,21	2
Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei	43.467	7,75	2
Gewöhnliche Menschen und unabhängige Persönlichkeiten	41.829	7,46	1
NOVA, Konservative Demokraten der Slowakei	38.316	6,83	1
Freiheit und Solidarität	37.376	6,66	1
Die Ungarische Gemeinschaft	36.629	6,53	1
MOST – HÍD	32.708	5,83	1



Abgesehen davon ist jedoch aus dem Wahlergebnis keine wirkliche Wechselstimmung in der Slowakei abzulesen. Die nach dem Desaster bei den Parlamentswahlen vor Jahresfrist komplett zerlegte Mitte-rechts-Opposition scheint allerdings wieder Hoffnung zu schöpfen, dass die als fast unschlagbar geltende SMER-SD unter Robert Fico doch zu bezwingen ist.

Persönlichkeiten

Auch in der Slowakei gab es Diskussionen bei der Aufstellung der Kandidatenlisten der einzelnen Parteien. In fast allen Parteien, welche die Fünf-Prozent-Hürde gemeistert haben, konnten sich niedriger platzierte Kandidatinnen und Kandidaten aufgrund einer höheren Anzahl an Präferenzstimmen gegenüber den auf der Parteiliste höher eingestuften Kandidaten durchsetzen. Herausragende Persönlichkeiten sind der jetzige EU-Kommissar Maroš Šefèoviè (SMER-SD), der die meisten Präferenzstimmen bekam – und der ehemalige Vizepremier und Vorsitzende der liberalen SaS, Richard Sulík. Alles andere als eine erneute Nominierung von Šefèoviè als slowakischer EU-Kommissar wäre wohl eine Überraschung.

Slowenien

Wahl mit Überraschungen

Dietmar Dirmoser

Die Wählerinnen und Wähler in Slowenien haben die Beschwörungen der Politikerinnen und Politiker sowie der Presse nicht ernst genommen. Sie haben ihnen nicht abgenommen, dass die Europawahlen wirklich wichtig seien, weil zahlreiche Entscheidungen des Europäischen Parlaments Slowenien unmittelbar betreffen. Viele blieben nicht zuletzt deshalb skeptisch, weil solche Aussagen zumeist umgehend von Überlegungen konterkariert wurden, welche Signalwirkungen denn von der Europawahl für die vorgezogenen Parlamentswahlen ausgehen könnten, die im Juli oder Oktober stattfinden werden. Die Innenpolitik verdrängt in Slowenien derzeit alles andere.

Dass am 25. Mai schließlich nur jeder fünfte Wahlberechtigte (21 Prozent) an der Wahl teilnahm, ist deshalb nicht verwunderlich. 2009, als die Krise gerade begonnen hatte und Slowenien sich noch Hoffnungen auf positive Wirkungen der EU-Mitgliedschaft und des Beitritts zur Eurozone machte, waren es noch 28,4 Prozent gewesen. Das kleine Alpenland ist damit aktuell das EU-Land mit der dritt schlechtesten Wahlbeteiligung, die mehr als 20 Prozent unter dem europäischen Durchschnitt rangiert. Darin kommt allerdings weniger eine grundsätzliche Ablehnung der EU als ein – vielleicht vorübergehendes – Desinteresse zum Ausdruck. Das einstige Muster-Beitrittsland hat derzeit viel zu viel mit seiner politischen und wirtschaftlichen Dauerkrise zu tun, bei deren Überwindung die EU bislang keine große Hilfe war.

Wahlen mit niedriger Beteiligung sind stets für Überraschungen gut. Die erste Überraschung bestand darin, dass die stärkste Regierungspartei, *Positives Slowenien*, Sieger der Parlamentswahlen von 2011 mit 28,5 Prozent, keines der acht EP-Mandate erringen konnte und nur 6,6 Prozent der Stimmen bekam. Viele fragen sich, ob die von Hauptstadtbürgermeister Zoran Jankovič kurz vor den letzten Parlamentswahlen gegründete Sammlungsbewegung, die auch viele Wähler der Sozialdemokratie anzog, nun am Ende ist. Jankovič hatte den Parteivorsitz und den Posten des Premierministers 2013 Alenka Bratušek überlassen, weil gegen ihn wegen Korruption ermittelt wurde und ihn eine außerparlamentarische Protestbewegung attackierte. Anfang Mai dieses Jahres

sprengte er bei seinem Versuch, Bratušek aus der Partei- und Regierungsführung zu verdrängen, beinahe die Regierungskoalition – die Premierministerin erzwang durch ihren Rücktritt Neuwahlen und spaltete die Partei. Ganz offenkundig haben die Wähler diese Entwicklungen nicht goutiert.

Eine zweite Überraschung ist das erneute schwache Abschneiden der Sozialdemokraten. Sie fühlten sich seit ihrem Wahlsieg im Jahr 2008 (30,5 Prozent) und Borut Pahors überlegenem Sieg bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2012 bereits als große Partei. Am Sonntag erhielt die SD nur 8 Prozent der Stimmen, was aber dem langfristigen Ergebnisdurchschnitt entspricht. Die Sozialdemokraten entsenden einen Vertreter ins Europaparlament.

Mit wenigen Stimmen mehr als die SD und ebenfalls 8 Prozent errang auch die Rentnerpartei DeSUS einen Sitz im Europaparlament. DeSUS, gegründet in den 1990er Jahren, war in allen Regierungen der letzten Jahre vertreten und zeichnet sich dadurch aus, nach allen Seiten koalitionsfähig zu sein. Die Liste *Verjajem* (»Ich glaube«) ist dagegen eine Neugründung mit Blick auf die Parlamentswahlen. Das Gesicht der Liste ist der ehemalige Gerichtspräsident Igor Šoltes, der unter anderem für konsequente Korruptionsbekämpfung eintritt. *Verjajem* kam auf Anhieb auf 10,5 Prozent und wird ebenfalls einen Abgeordneten ins Europaparlament entsenden.

Eine weitere Überraschung bedeutete für viele der deutliche Sieg der rechtskonservativen *Slowenischen Demokratischen Partei* (SDS) des Ex-Premiers und Politdinosauriers Janez Janša. Mit 24,9 Prozent stellt die SDS, die dominante Rechtspartei der letzten zehn Jahre, drei Europaabgeordnete. Dies obwohl Janša vor wenigen Wochen wegen Kick-backs bei einem Rüstungsdeal in letzter Instanz zu zwei Jahren Haft verurteilt worden ist und wahrscheinlich demnächst ins Gefängnis muss. Auf Janšas Anhänger, die sich von seinem unverfrorenen Nationalismus und seinem glühenden Antikommunismus angezogen fühlen, wirkt dies eher mobilisierend als abschreckend. Sie sind überzeugt, dass hinter den Attacken auf den Meister eine linke Verschwörung steckt.



Ebenfalls eine Überraschung ist, dass das rechte Lager mit der Listenverbindung der klerikal-konservativen *Christlichen Volkspartei* (NSi) und der aus der Bauernpartei entstandenen *Slowenischen Volkspartei* (SLS) mit 16,6 Prozent und zwei Mandaten einen zweiten klaren Erfolg verbuchen konnte.

Insgesamt brachte die Europawahl eine Konsolidierung des rechten Lagers: Die Rechte geht gestärkt aus dem Urnengang hervor. Im Zentrum gab es vor den Wahlen Bemühungen, die Parteien der liberalen Mitte stärker aneinander anzunähern, mit tatkräftiger Unterstützung

der europäischen Liberalen von ALDE, was allerdings misslang. Die Mitte ist nach wie vor zerfasert.

Durch die Schwäche der Sozialdemokraten und die Spaltung von *Positives Slowenien* hat die Linke erheblich an politischem Gewicht eingebüßt. Die neuen Parteien, die den Impuls der Protestbewegung von 2012/13 in den politischen Apparat transportieren wollten, sind bislang marginal. Bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen können aber jederzeit neue politische Initiativen oder unerwartete Listenverbindungen entstehen. Slowenien ist allemal für politische Überraschungen gut.

Spanien

Katastrophe für PSOE und kometenhafter Aufstieg von *Podemos*

Michael Ehrke

In einer Hinsicht herrscht in Spanien Konsens: Trotz der schweren Wirtschaftskrise trat keine antieuropäische oder fremdenfeindliche Partei zur Wahl an. Keine politische Kraft forderte den Austritt Spaniens aus dem Euro oder die Abwendung von der EU.

Die Wahlbeteiligung war mit 45,9 Prozent zwar niedriger als in nationalen Wahlen, stieg aber erstmals seit 2004 leicht an.

Die Sensation: *Podemos*

Die Sensation der Europawahlen war das Abschneiden der Partei *Podemos* (»Wir können es«), die erst im April 2014 gegründet und in keiner Umfrage berücksichtigt worden war. Sie brachte es aus dem Stand auf 7,96 Prozent der Wählerstimmen und zu fünf Sitzen im Europaparlament. *Podemos* steht in der Tradition der »Empörten«, der vor allem jugendlichen Protestierer, die im Mai 2011 mit einem Zeltlager auf der Puerta del Sol die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse beklagt hatten. Einer der wenigen Programmpunkte der »Empörten« war die Ablehnung des spanischen politischen Systems, seiner Parteien wie seiner Gewerkschaften. Nach den spektakulären Aktionen des Mai 2011 schien die Bewegung kollektiv untergetaucht zu sein, aktiv nur noch auf der Ebene der Nachbarschaften (etwa bei der Verhinderung von Zwangsräumungen). Jetzt ist sie wieder da. Es ist offen, ob *Podemos*, ähnlich wie die Piraten in Deutschland, wieder in der Bedeutungslosigkeit versinkt, oder ob sie sich zu einer europakritischen, aber nicht antieuropäischen Kraft weiterentwickelt und zur Verkörperung einer südeuropäischen Version der radikalen Linken wird, vergleichbar u. U. mit der griechischen SYRIZA, mit der *Podemos* im Europäischen Parlament zusammenarbeiten will.

Die Auflösung des Zweiparteiensystems

Die Ergebnisse der Europawahl bestätigen einen Trend, der seit einiger Zeit beobachtet werden konnte: Die Auflösung des einst stabilen Zweiparteiensystems, das

seit 1977 zuverlässig von zwei Volksparteien, der konservativen *Partido Popular* (PP) und der sozialistischen PSOE dominiert wurde. In den Europawahlen gewannen beide Parteien zusammen erstmals weniger als die Hälfte aller Stimmen. Erwartungsgemäß verlor die regierende PP im Verhältnis zur letzten Parlamentswahl 2011 fast 20 Prozentpunkte – die Strafe der Wähler für die sozial extrem selektive Austeritätspolitik der letzten Jahre. Sie gewann 26 Prozent der Stimmen und 16 Mandate im Europaparlament. Aber die PSOE hat hiervon nicht profitieren können: Mit 23 Prozent liegt ihr Ergebnis noch unter dem »historischen« Tiefstand der Parlamentswahlen von 2011 (28,7 Prozent) – und erst recht unter dem der Europawahlen von 2009 (38,8 Prozent). Zugelegt haben dagegen neben dem Newcomer *Podemos* die *Vereinigte Linke*, die mit 9,99 Prozent der Stimmen sechs Parlamentssitze gewann, und die sozialliberale *Union für Fortschritt und Demokratie* (UPyD), die 6,5 Prozent der Wähler auf ihre Seite ziehen und damit vier Sitze im Europäischen Parlament erobern konnte.

Die Lage der PSOE

Die PSOE ist in besonderem Ausmaß zum Opfer der politischen Entwicklungen geworden. Während es keine rechte Alternative zur PP gibt – eine Abspaltung namens *Vox* erzielte weniger als 1,5 Prozent der Stimmen und damit kein Europa-Mandat –, muss die PSOE mit *Podemos*, der *Vereinigten Linken* und den Grünen – die mit 1,9 Prozent der Stimmen erstmals ein Europa-Mandat errangen – um dieselben Wählerschichten konkurrieren. Der PSOE wird vorgehalten, dass sie sich – insbesondere nach der wirtschaftspolitischen Wende Zapateros – als »Systempartei« verhalte, die sich von der PP nur unzureichend unterscheide. Die öffentliche Äußerung Felipe González', er könne sich eine große Koalition mit der PP nach deutschem Vorbild vorstellen, hat diesen Eindruck verstärkt. Darüber hinaus droht die PSOE eine ihrer größten regionalen Hochburgen zu verlieren: Katalonien. Ihr katalanischer Zweig könnte zwischen den Befürwortern und Gegnern der Unabhängigkeit Kataloniens zerrieben werden.

Die Verantwortung für die jüngste Niederlage übernahm der Generalsekretär der Partei, Alfredo Pérez Rubalcaba, der am 26. Mai seinen Rücktritt ankündigte und für Juli 2014 einen außerordentlichen Kongress einberief, um über seine Nachfolge und den weiteren Kurs der Partei zu entscheiden.

Katalonien

75 Prozent der spanischen Wähler stimmten für Parteien, die auf nationaler Ebene, also ohne »territoriale Basis« in einer der autonomen Regionen antraten; etwa 25 Prozent stimmten für bürgerliche oder linke nationalistische Regionalparteien, die zusammen acht Sitze im Europäischen Parlament gewannen. Von besonderer Bedeutung dürfte sein, dass in Katalonien die linksnationalistische *Republikanische Linke* (ERC) mehr Stimmen auf sich zog als die bislang dominierende bürgerliche *Konvergenz und Union* (CiU). Die CiU und der Präsident der katalanischen *Generalitat* Artur Mas treten für einen legalen und verhandelten Weg in die Unabhängigkeit ein, die ihrerseits nur als *ultima ratio* für den Fall gilt, dass sich die finanzielle Situation Kataloniens nicht durch Verhandlungen verbessern lässt. Die ERC dagegen tritt bedingungslos für die Unabhängigkeit ein. Die Ergebnisse der Europawahlen zeigen damit auch die Radikalisierung der Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien an.

Innenpolitische Konsequenzen

Spanien ist nach links gerückt, die linken Parteien gewannen auf nationaler Ebene 43 Prozent der Wählerstimmen, die PP dagegen nur 26 Prozent. Den Rest teilen sich bürgerliche und linksnationalistische Regionalparteien, die sich nicht immer eindeutig in das Rechts-links-Schema einordnen lassen.

Wäre das Ergebnis der Europawahl das einer normalen Parlamentswahl, gäbe es in Spanien keine regierungsfähige Mehrheit – außer eben der großen Koalition der PP mit der PSOE. Eine linke Koalition der PSOE mit der *Vereinigten Linken* gibt es bislang nur auf regionaler Ebene, in Andalusien, der verbliebenen Hochburg der PSOE. Ob und zu welchen Bedingungen *Podemos* koalitions- bzw. überhaupt politikfähig sein wird, lässt sich zurzeit nicht beurteilen. Die PP dagegen könnte (außer mit der PSOE) allenfalls mit der UPyD koalieren, was

aber keine Mehrheit erbrächte. Mit den nationalistischen Parteien, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, steht die PP, die sich vor allem als Vertreter eines starken spanischen Zentralstaats sieht, *per definitionem* in einem Konfrontationsverhältnis.

Die nächsten Parlamentswahlen stehen für 2015 an. Sie dürften spannend werden.

Europapolitische Konsequenzen

Spanien stellt 54 Europaabgeordnete. Bislang waren diese zuverlässig und fast ausschließlich den beiden großen Partiefamilien EVP und S&D zuzuordnen. Dies wird sich ändern: Das Ergebnis der Europawahlen in Spanien wird zur Folge haben, dass die relative Bedeutung der EVP und der S&D schrumpft. Hiervon werden die Linken und die Grünen/Freie Europäische Allianz (der regionalen Parteien) profitieren. So gehen von den Europawahlen in Spanien zwar keine antieuropäischen Impulse aus, wohl aber eine Zunahme der Unübersichtlichkeit.

Ergebnis der Europawahlen in Spanien

Partei	Ergebnis 2014		Ergebnis 2009	
PP	26,05	16 Sitze	42,12	24 Sitze
PSOE	23,00	14	38,78	23
Izquierda Plural ⁵	9,99	6	3,71	2
Podemos	7,96	5	-	-
UPyD	6,49	4	2,85	1
Coalición por Europa ⁶	5,45	3	5,10	3
Europa de los Pueblos ⁷	-	-	2,49	1
L'Esquerra ⁸	4,03	2	-	-
Ciudadanos ⁹	3,16	2	-	-
Los Pueblos deciden ¹⁰	2,08	1	-	-
Primavera Europea ¹¹	1,91	1	-	-

5. V.a. *Izquierdas Unida*

6. V.a. bürgerlich-nationalistische Parteien wie der *Partido Nacional Vasco* und die CiU

7. V.a. ERC und Grüne

8. ERC und andere linksnationalistische Parteien

9. Katalanische Anti-Unabhängigkeits-Partei

10. V. a. Baskische Linksparteien

11. Grüne

Tschechien

Absage an nationalistische Parteien

Kateřina Smejkalová

Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden in Tschechien vier Monate nach der Bildung einer neuen Regierung statt, die aus vorzeitigen Parlamentswahlen im Oktober 2013 hervorgegangen war. Nachdem im Juni 2013 das von Petr Nečas aus der ODS (*Občansko-demokratická strana/Bürgerlich-demokratische Partei*) angeführte Mitte-rechts-Bündnis aufgrund einer Bespitzelungs- und Korruptionsaffäre zurücktreten musste, wurde das Land in der Zwischenzeit von einer vom Staatspräsidenten Miloš Zeman ernannten Experten-Übergangsregierung regiert. Aus den Parlamentswahlen im Oktober 2013 gingen die von Bohuslav Sobotka geführten Sozialdemokraten als stärkste Kraft hervor (20,5 Prozent) und bilden aktuell ein Regierungsbündnis mit der nur knapp zweitplatzierten Bewegung ANO (18,7 Prozent), mit dem Miliardär Andrej Babiš an der Spitze, und den siebtplatzierten Christdemokraten KDU-CSL (6,8 Prozent).

Die 21 tschechischen Sitze im Europaparlament müssen sich sieben Parteien teilen, die am Wochenende die Fünf-Prozent-Hürde genommen haben. Mit 16,1 Prozent erreichte ANO das beste Ergebnis, knapp gefolgt von der konservativen Oppositionspartei TOP09 mit 16 Prozent. Etwas überraschend nur Dritte wurden mit 14,2 Prozent die den Ministerpräsidenten stellenden Sozialdemokraten (ČSSD). Jede dieser drei Parteien erhält vier Sitze im Europaparlament. Die Kommunistische Partei und die Christdemokraten werden mit ihren 11 Prozent bzw. 9,9 Prozent jeweils drei Abgeordnete stellen. ODS erreichte mit 7,7 Prozent zwei Mandate und die Partei der freien Bürger (*Strana svobodných občanů*) mit 5,2 Prozent einen Sitz. Die Grünen sind mit 3,8 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert und wurden dabei zum ersten Mal von der Piratenpartei mit 4,8 Prozent überholt. Die rechtspopulistische, seit der letzten Wahl im tschechischen Parlament vertretene Partei *Úsvit* konnte bei der Europawahl lediglich 3,1 Prozent der Wählerstimmen für sich gewinnen.

Wahlbeteiligung

Alle Ergebnisse der Wahl müssen vor dem Hintergrund der extrem niedrigen Wahlbeteiligung interpretiert werden. Diese liegt mit lediglich 18,2 Prozent nicht nur weit unter dem EU-Durchschnitt von 43 Prozent, sondern auch weit unter dem Wert der letzten Europawahl, der in Tschechien 2009 immerhin noch 27,5 Prozent betrug. Eine geringere Wahlbeteiligung hat diesmal nur die Slowakei mit 13 Prozent vorzuweisen. In der geringen Wahlbeteiligung kamen zwei in der tschechischen Bevölkerung vorzufindende Phänomene zum Ausdruck – zum einen ein mangelndes Interesse für EU-Themen, gepaart mit dem mangelnden Wissen über die Gestaltungsmöglichkeiten des EU-Parlaments, zum anderen die vergleichsweise weit verbreitete EU-Skepsis.

Analyse der Wahlergebnisse

Wichtig ist zunächst: Alle drei bestplatzierten Parteien sind europafreundlich. Keine radikale rechts- oder links-populistische Partei hat den Einzug ins EU-Parlament geschafft. Allerdings errang die EU-skeptische Partei der *Freien Bürger* – sie fordert u. a. den Austritt Tschechiens aus der EU – ein Mandat, was sicher als Wermutstropfen zu werten ist. Der Trend des Erfolgs von nationalistischen Parteien, der in zahlreichen »alten« EU-Ländern zu beobachten ist, bestätigt sich in Tschechien nicht. Die rechtspopulistische und im Wahlkampf offen xenophobe Partei *Úsvit* konnte lediglich 3,1 Prozent der Stimmen holen. Das Ergebnis muss allerdings nicht unbedingt bedeuten, dass entsprechende Einstellungen in der Bevölkerung nicht breiter vertreten wären.

Viele Analysten und Beobachter sind sich uneinig in der Frage, welche Bedeutung die Wahlergebnisse für die innenpolitische Situation haben, insbesondere bei der Bewertung des Ergebnisses von ANO. Die Gruppierung, die vor acht Monaten erstmals bei der Parlamentswahl 2013 antrat, blieb zwar hinter den Erwartungen von über 20 Prozent zurück, auf der anderen Seite scheint sie sich mit dem knappen Sieg – der Abstand zur drittplatzierten



Sozialdemokratie beträgt in absoluten Zahlen nur etwa 30.000 Wählerstimmen – tatsächlich als eine bedeutende Kraft im tschechischen Parteienspektrum etabliert zu haben. Es ist zu erwarten, dass dieser knappe Vorsprung bei den Europawahlen von ANO als Sieg interpretiert wird und die ohnehin schon eher angespannte Atmosphäre zwischen beiden Parteien in der Koalition weiter belastet wird. Mit umso größerer Aufmerksamkeit werden nun die Senats- und Kommunalwahlen im Herbst erwartet, die aufgrund des größeren Abstandes zur Regierungsbildung in jedem Fall zu einer Abstimmung über die bisherige Regierungstätigkeit geraten dürften. Die eher euroskeptische ODS, die noch bis Juni 2013 die Regierungskoalition führte, zeigte sich bei der Europawahl deutlich angeschlagen: Das Ergebnis von 7,7 Prozent bedeutet einen Verlust von ganzen sieben Mandaten gegenüber 2009, als die Partei die EP-Wahlen noch mit 31 Prozent gewonnen hatte. Die Kampagne gegen den Euro hat offenbar ihr Ziel verfehlt, euroskeptische Wähler anzulocken.

Persönlichkeiten

Die meisten Präferenzstimmen – beinahe 78.000 – konnte der ehemalige Justizminister der ODS, Jiří Pospíšil (jetzt für die TOP09), gewinnen und somit den eigentlichen Spitzenkandidaten der TOP09, den Ökonomen Luděk Niedermeyer auf der Liste von TOP09 überholen. Der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten, der Soziologieprofessor Jan Keller hat zwar mit knapp 58.000

Präferenzstimmen das zweitbeste Ergebnis erreicht, in puncto Wählermobilisierung hat er jedoch eher enttäuscht. Die Kampagne der Sozialdemokraten, in deren Zentrum Keller stand, wurde mehrheitlich als blass und altbacken bewertet. Die Aufstellung der sozialdemokratischen Liste wurde vor der Wahl innerparteilich wie in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert – mehrere erfahrene EP-Abgeordnete, darunter auch der stellvertretende Vorsitzende der sozialistischen Fraktion im EP, Libor Rouček, bekamen Listenplätze ohne Aussicht auf Einzug ins EP. Dafür wurde auf Platz vier Miroslav Poche gesetzt (der auch das vierte sozialdemokratische Mandat gewonnen hat), dem ein Parteifinanzierungsskandal von 2010 anhaftet.

Was den Kandidaten für den tschechischen Kommissarposten angeht, so sollte laut Premierminister Bohuslav Sobotka die Entscheidung der Regierungskoalition überlassen werden, auch weil letztlich die Regierung den Kandidaten absegnen muss. Als heißeste Kandidaten werden der von den Sozialdemokraten bevorzugte Ökonom und ehemalige Finanzminister Pavel Mertlík sowie der von ANO aufgestellte Pavel Telička, der bereits kurz einen EU-Kommissarposten bekleidet hat, gehandelt. Letzterer war zuletzt jedoch als Lobbyist in Brüssel tätig, was ihm seine Kritiker nun vorhalten. Die Verhandlungen um die Besetzung des Postens versprechen aufgrund des überraschend guten Abschneidens der ANO vor der ČSSD und bei der derzeitigen Regierungskonstellation noch einige Spannung.

Ungarn

Zwischenstation Europawahl im Superwahljahr

Jan Niklas Engels

Das Ergebnis der Europawahl in Ungarn bedeutet eine Bestätigung der FIDESZ-Dominanz zwischen den beiden politischen Blöcken. Die regierende Wahlallianz aus FIDESZ-KDNP ging wieder als klare Siegerin hervor. 51,49 Prozent aller Stimmen entfielen auf das Bündnis des Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Das sind zwar knapp 5 Prozent weniger als bei den Europawahlen 2009, aber noch einmal ein Zuwachs von gut 6 Prozent seit den Parlamentswahlen am 6. April 2014. FIDESZ-KDNP entsendet künftig zwölf Abgeordnete ins Europaparlament, statt bisher vierzehn.

Als eine der größten Landesgruppen in der Fraktion der *Europäischen Volkspartei* wird damit der Einfluß von Viktor Orbán steigen, der sich gerne kritisch gegenüber den europäischen Institutionen gibt und für ein christlich-konservativ geprägtes Europa mit stärkeren Souveränitätsrechten für die Mitgliedsstaaten wirbt. Viktor Orbán hat sich auch bereits offen gegen den Automatismus der Wahl eines Spitzenkandidaten zum Kommissionspräsidenten ausgesprochen. Auch eine Wahl Jean-Claude Junckers zum Kommissionspräsidenten hat er als ausgeschlossen bezeichnet.

Die Wahl zum Europaparlament stand in Ungarn ganz unter den Einwirkungen der nationalen Parlamentswahlen, die erst vor sieben Wochen stattgefunden hatten. Das öffentliche Interesse galt mehr der Bildung der neuen ungarischen Regierung als den Wahlen zum Europäischen Parlament. Recht leere Wahlkampfkassen und eine gewisse Wahlmüdigkeit führten dazu, dass der Europawahlkampf sehr moderat geführt wurde.

Allgemein wurde damit gerechnet, dass die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2004 (38,5 Prozent) und 2009 (36,31 Prozent) zurückgehen würde. Der Rückgang fiel jedoch noch drastischer aus: Gerade einmal 28,92 Prozent aller Stimmberechtigten nahmen an der Wahl teil. Auch die noch geringeren Beteiligungsraten in den anderen *Visegrád*-Staaten können nicht über diesen besorgniserregend niedrigen Zuspruch hinwegtrösten.

Der Großteil der Ungarn scheint fast genau zehn Jahre nach dem Beitritt zur Europäischen Union eher ernüchtert. Die großen Erwartungen einer Angleichung an den Lebensstandard Westeuropas haben sich nicht erfüllt. Europafeindliche oder -kritische Stimmen finden zunehmend Zuspruch. Die meisten Wähler vertrauen auf den Regierungschef Viktor Orbán, der sich zwar selbst als Pro-Europäer bezeichnet, aber gleichzeitig auch Konflikte mit Brüssel als Beleg für eine erfolgreiche Verteidigung ungarischer Interessen wertet. Nur »Loser« haben keine Konflikte mit Brüssel, so der Regierungschef in den Medien.

Die klare Mehrheit für FIDESZ-KDNP war erwartet worden, einige Überraschungen gab es indes bei den kleineren Parteien. Die rechtsextreme *Jobbik*-Partei konnte zwar erstmals nominal den zweiten Platz im Parteienwettbewerb erreichen, doch 14,68 Prozent der Stimmen bedeuten ein leicht schlechteres Ergebnis als 2009 und einen Rückgang um knapp 6 Prozent seit den nationalen Wahlen. Dies bei geringer Wahlbeteiligung, die eigentlich als vorteilhaft für *Jobbik* gilt, da sie bisher ihre Anhänger immer gut mobilisieren konnte. Allerdings hatte *Jobbik* erstmals mit Gegenwind in ihrer Wahlkampagne zu kämpfen, wurde von FIDESZ scharf rhetorisch angegriffen und der *Jobbik*-Europaabgeordnete Béla Kovács wurde mit Vorwürfen der Spionage für Russland konfrontiert. Auch war die eigene Wahlkampagne, entgegen früherer Äußerungen, nicht offen antieuropäisch ausgelegt, was vielleicht auch zu den Wählermobilisierungsproblemen beigetragen hat. *Jobbik* wird weiterhin mit drei Abgeordneten im Europaparlament vertreten sein.

Auch wenn sich *Jobbik* selbst am Wahlabend als zweitgrößte Partei gefeiert hat, kann sie im Wettstreit mit der linken Opposition als Verliererin bezeichnet werden, denn die drei linksliberalen Parteien MSZP, DK und Együtt-PM waren bei den nationalen Wahlen noch als Allianz angetreten. Die linksliberale Wahlallianz war jedoch schon am Abend der nationalen Wahlen für beendet erklärt worden, da sich alle Parteien gute Chancen im Alleingang ausrechneten und die Europawahl auch eine gute Gelegenheit zur Bestimmung des eigenen »politischen

Gewichts« darstellte. Bei der Europawahl kommen sie nun zusammen auf knapp 28 Prozent und konnten im Vergleich zum April (knapp 26 Prozent) sogar leicht zulegen.

Die sozialistische Partei MSZP lag in den Umfragen um die 15 Prozent und schien mit *Jobbik*, ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den zweiten Platz zu führen. Doch am Wahlabend hatten gerade einmal 10,92 Prozent der Wählenden für die ehemalige Regierungspartei gestimmt. Statt bisher vier Abgeordnete wird die MSZP daher nur noch zwei Vertreter ins Europaparlament entsenden. Das ist das schlechteste Ergebnis bei nationalen Wahlen für die MSZP seit ihrer Gründung. Der Parteivorsitzende und der gesamte Parteivorstand boten noch am Wahlabend dem Parteirat ihren Rücktritt an. Die Partei steckt in einer tiefen Krise.

Die beiden anderen linksliberalen Parteien werden von ehemaligen Ministerpräsidenten aus den Zeiten der sozialliberalen Koalition angeführt und hatten am Wahlabend mehr Anlass für Jubel. Für die größte Überraschung sorgte der ehemalige MSZP-Vorsitzende, Ferenc Gyurcsány, der mit seiner *Demokratischen Koalition* (DK) 9,76 Prozent erreichte und zukünftig auch zwei Abgeordnete ins Europaparlament entsenden wird. In den Umfragen vor der Wahl sahen viele seine Partei unter der Fünf-Prozent-Hürde. Auch Gordon Bajnai und sein Parteienbündnis Együtt-PM schnitten besser als erwartet ab, holten 7,22 Prozent der Stimmen und erreichten somit ein Mandat.

DK und Együtt-PM konnten besonders in Budapest ihre Anhänger mobilisieren und überholten dort sogar die MSZP, die aufgrund ihrer guten Organisationsstruktur stattdessen in ländlichen Gebieten bessere Ergebnisse erzielte. Dies ist von besonderer Bedeutung, da im Herbst bereits Kommunalwahlen stattfinden und das linke Lager vereint das Bürgermeisteramt in Budapest erobern könnte. Doch mit diesem Wahlergebnis wird es der MSZP schwer fallen, wie unlängst bei den nationalen Wahlen den unangefochtenen Führungsanspruch im linken Lager für sich zu reklamieren.

Wie bereits bei den nationalen Parlamentswahlen schaffte es die grüne Partei *Politik kann anders sein* (LMP) wieder ganz knapp über die Fünf-Prozent-Hürde (5,01 Prozent) und entsendet einen Vertreter ins Europaparlament. Wahrscheinlich hatte die LMP mit ihrer Strategie, sich als systemkritische Partei der Mitte zu etablieren, mit einem besseren Abschneiden gerechnet, konnte jedoch im Wettstreit mit den anderen kleinen Parteien damit nicht punkten und belegt im Ranking nur den letzten Rang der im Europaparlament vertretenen Parteien.

Im linksliberalen Lager könnte das Wahlergebnis zu neuen Rivalitäten zwischen den verschiedenen Parteien und ihren Protagonisten führen. Ferenc Gyurcsány wird darauf pochen, dass seine Partei über dasselbe politische Gewicht wie die bisher führende MSZP verfügt. Gleichzeitig befindet sich die MSZP in einer schweren Krise und muss über die Neuordnung ihrer Führungsstrukturen und Ausrichtung entscheiden. Dies alles unter zeitlichem Druck, da die Kommunalwahlen im Herbst bereits vor der Tür stehen und zumindest einige regionale Erfolge dringend benötigt werden.

Zypern

Zwischen geringem Interesse und Protest gegen das EU-Spar- und Reformprogramm

Hubert Faustmann

Die Europawahlen auf Zypern waren eindeutig eine Protestwahl, die sich weniger in der Wahl anderer oder radikaler Parteien als vielmehr in der extrem niedrigen Wahlbeteiligung widerspiegelte. Lediglich die ehemalige Regierungspartei AKEL wurde massiv abgestraft. Nur 43,97 Prozent aller Wahlberechtigten gaben vergangenen Sonntag ihre Stimme ab, über 56 Prozent (340.025 von 606.916) gingen nicht zur Wahl. Vor vier Jahren waren bereits 41 Prozent nicht zur Wahl gegangen.

Für die niedrige Wahlbeteiligung 2014 gibt es vor allem fünf Erklärungen:

Europawahlen werden auch auf Zypern nicht als wichtige Wahlen angesehen, bei denen es wirklich um Machtfragen geht.

Die Verteilung der sechs zypriotischen Sitze stand bereits vor der Wahl mit hoher Wahrscheinlichkeit fest.

Erstmals waren 58.637 türkische Zyprioten, die im türkisch-besetzten und international als Staat nicht anerkannten Norden leben, als Bürger der Republik Zypern wahlberechtigt – aber nur 1.869 gaben ihre Stimme ab. Zum einen hatten die Parteien im Norden zum Wahlboykott aufgerufen, zum anderen waren die Adressen von ca. 30.000 türkischen Zyprioten nicht korrekt in die Wahllisten der Republik Zypern eingetragen worden. Damit waren diese türkischen Zyprioten von der Wahl ausgeschlossen, obwohl sie wahlberechtigt waren. Dieser Ausschluss wird zur Anfechtung des Wahlergebnisses führen. Aber selbst wenn man die türkischen Zyprioten herausrechnet, haben 52 Prozent der Bürger des Südens nicht gewählt.

Wegen der sehr stark selbst verschuldeten Staats- und Bankenpleite von 2012/13 und der folgenden »Rettung« durch die Troika gibt es eine massive Abneigung der Bevölkerung gegen die eigenen als korrupt und unfähig empfundenen Eliten. Daher gaben viele Bürger aus Protest keiner Partei ihre Stimmen, da die Bürger innerhalb der Eliten keine wirklichen Alternativen sehen, was Kor-

ruption, Vetternwirtschaft und Inkompetenz anbelangt. Die Krise im Jahr 2013 hat die schon zuvor weit verbreitete Unzufriedenheit mit der eigenen politischen Elite massiv verstärkt. Diese Europawahl war eine schallende Ohrfeige für die eigenen Politiker.

Die Wahl war aber auch eine Protestwahl gegen die Behandlung durch die Europäische Union im Jahr 2013. Die von den EU-Partnern forcierte Zerstörung des zypriotischen Geschäftsmodells und die dadurch dramatische Wirtschaftskrise werden der EU (und Deutschland) angelastet. Viele Zyprioten sind darüber verbittert, dass Zypern anders als alle anderen Problemländer behandelt wurde (Selbstbeteiligung von Kontoinhabern und Aktionären statt weitgehende Rettung durch den europäischen Steuerzahler) und es aus Sicht vieler Zyprioten keine Solidarität mit Zypern gab, sondern hier ein Exempel statuiert wurde. Aber: Dies war keine Wahl gegen die EU-Mitgliedschaft des Landes oder gegen die europäische Integration, wohl aber gegen die Behandlung durch die EU und die europäischen Partner (insbesondere Deutschland).

Das Wahlergebnis und auch die sehr geringe Wahlbeteiligung waren weitgehend so erwartet worden. Die Wahl wurde von der rechtskonservativen und regierenden DISY gewonnen (37,7 Prozent/2 Sitze, Ergebnis 2009: 35,65/2), gefolgt von der sich als kommunistisch verstehenden oppositionellen AKEL (26,9 Prozent/2 Sitze, Ergebnis 2009: 34,9/2). Auch wenn AKEL keine Sitze einbüßte, stellt die Partei den Hauptwahlverlierer da und wurde für ihre katastrophale Regierungsbilanz von 2008–2013 weiter abgestraft. Die sich als Partei der politischen Mitte verstehende oppositionelle DIKO kam auf 10,85 Prozent/1 Sitz (Ergebnis 2009: 12,28/1), die sozialdemokratische, aber in der Zypernfrage sehr nationalistische EDEK, die zusammen mit den Grünen antrat, erhielt 7,7 Prozent/1 Sitz (Ergebnis 2009: 9,85/1). Es gab also in der Sitzverteilung keinerlei Veränderungen. Das gilt auch für das Europäische Parlament: 2 EVP: DISY, 2 S&D: DIKO und EDEK, 2 GUE/NGL: AKEL. Die rechtsradikale ELAM konnte zwar ihren Wähleranteil um mehr

als 2 Prozent erhöhen, bleibt aber eine marginalisierte Splitterpartei (2,69 Prozent, Ergebnis 2009: 0,22).

Der Niedergang der oppositionellen EDEK setzt sich erwartungsgemäß fort. Die Sozialdemokraten waren im Süden nie eine Massenpartei. Die politische Linke ist aus historischen Gründen weitgehend von AKEL besetzt. Es gab außerhalb der schrumpfenden Stammwählerschaft keinen hinreichenden attraktiven Grund, EDEK zu wählen – weder programmatisch noch vonseiten der Kandidaten oder Politiker der EDEK. Zudem kann EDEK in der Opposition (und in Zeiten der Wirtschaftskrise) ihre klientelistischen Netzwerke nicht bedienen. Die Allianz mit den nationalistischen Grünen – einer 1-Prozent-Partei auf Zypern – half hier nur, den Schaden weiter zu begrenzen.

Es gibt eine sehr verbreitete antieuropäische Stimmung durch die Ereignisse von 2013, aber die überwältigende Mehrheit der griechischen Zyprioten ist proeuropäisch. Die Mitgliedschaft Zyperns in der EU wird von keiner relevanten Partei infrage gestellt. Die verordnete Austeritätspolitik hingegen wird von der Opposition abgelehnt – vor allem durch AKEL, aber auch von der populistischen *Citizen's Alliance* von George Lillikas (6,7 Prozent) sowie der EDEK.

Innenpolitische Konsequenzen

Im Süden stehen weder 2014 noch 2015 Wahlen an. Daher lassen sich aus der Wahl auch keine relevanten Rückschlüsse auf künftige Urnengänge ziehen. Die Abstrafung von AKEL bedeutet, dass diese Partei weiterhin verzweifelt nach Themen suchen wird, mit denen sie verlorenes Terrain zurückgewinnen kann. Dies wird vor allem durch die Ablehnung der Austeritätspolitik versucht werden. Die regierende DISY und ihr Koalitionspartner EVROKO sind Gewinner der Wahlen und werden ihre Zusammenarbeit fortsetzen. Die schallende Ohrfeige, die die geringe Wahlbeteiligung für die Politik auf Zypern darstellt, wird aber nicht zu grundsätzlichen Änderungen der politischen Praktiken (Korruption, Klientelismus, Parteienpatronage) führen. Machtpolitisch blieb für die Parteien weitgehend alles beim Alten. Die Reformpolitik der Regierungskoalition – mit begrenzten Reformen auch im Bereich Korruption und Klientelismus – wird fortgesetzt werden und wurde durch die Wahl bestätigt. Durch die finanzielle Abhängigkeit Zyperns von den Zahlungen der Troika gibt es auch keine wirklichen politischen Alternativen zur Reform- und Austeritätspolitik. Diese Einschätzung wird von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung geteilt.

Die europapolitische Stimmung ist geprägt von Verbitterung, der starken Fokussierung auf das Zypernproblem und den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Zypern. Die Zyprioten erwarten sich von der EU mehr Verständnis für ihre Lage und mehr Solidarität und Unterstützung in der Wirtschaftskrise.



Die Autor_innen

Michael Braun (FES-Italien)

Knut Dethlefsen (FES-Polen)

Dietmar Dirmoser (FES-Kroatien)

Michael Ehrke (FES-Spanien)

Jan Niklas Engels (FES-Ungarn)

Hubert Faustmann (FES-Zypern)

Peter Gey (FES-Frankreich)

Matthias Jobelius, Cristian Chiscop (FES-Rumänien)

Nicole Katsioulis, Christos Katsioulis (FES-Griechenland)

Gero Maas (FES-Schweden)

Jeannette Meyer (FES-Großbritannien)

Reinhard Naumann (FES-Portugal)

Uwe Optenhögel, Marcel Humuza, Stephan Thalhofer
(FES-Brüssel)

Werner Rechmann, Deniss Hanovs (FES-Lettland)

Werner Rechmann, Ülle Kesküla (FES-Estland)

Werner Rechmann, Jolanta Steikunaite (FES-Litauen)

Regine Schubert (FES-Bulgarien)

Kateřina Smejkalová (FES-Tschechien)

Ulrich Storck (FES-Großbritannien)

Zuzana Strapata (FES-Slowakei)

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa/Nordamerika und
Referat Mittel- und Osteuropa | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:

Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika
Dr. Reinhard Krumm, Leiter des Referats Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249

<http://www.fes.de/international/wil>

<http://www.fes.de/international/moe>

www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika

<https://www.facebook.com/FesMoe>

https://twitter.com/FES_MOE

Bestellungen/Kontakt:

FES-WENA@fes.de

info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung
(FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung
durch die FES nicht gestattet.